

10 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir kommen nun zu den dringlichen Anträgen und ich darf bitten, um den ersten dringlichen Antrag, eingebracht von Frau Clubobfrau Gmeinbauer. Es geht hier um die Neutorgasse.

10.1 Neutorgasse (CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Inzwischen ist es in der ganzen Steiermark und über die Grenzen hinaus bekannt, dass die Neutorgasse zwischen dem Jakominiplatz und dem Andreas-Hofer-Platz gesperrt ist. Und inzwischen ist auch bekannt, nach unzähligen Wochen und Monaten der Gerüchte, dass die Vizebürgermeisterin und zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner auch verlautbart hat, dass es zukünftig weiterhin die Sperre für den Pkw in der Neutorgasse geben wird. Nach Wochen und Monaten der Versuche, konkrete Antworten, ob es im zuständigen Verkehrs- oder Bauausschuss möglich gewesen wäre, oder auch bei den zuständigen Planerinnen und Planen, die selbst von diesem Vorhaben überrascht gewesen sind, ist dieses Schicksal der zukünftigen Neutorgasse ganz unter der Verantwortung der selbsternannten Gestalterin der Stadt, Judith Schwentner, zur Beschlussfassung gekommen. Während im Juli noch beim ersten Stammtisch von Vizebürgermeisterin und Bürgermeisterin eingeladen, noch Fragen zulässig waren und dort auch von Unternehmerinnen und Unternehmer die dringende Frage gestellt wurde, ob weiterhin der Pkw durch die Neutorgasse fahren wird können, hat die Vizebürgermeisterin damals geantwortet, es werde evaluiert. Daraufhin waren natürlich die Damen und Herren aus der Wirtschaft sehr erbost, denn was evaluiert man, wenn derzeit nach Wochen und Monaten

überhaupt niemand die Neutorgasse passieren kann und zu welchen Erkenntnissen kommt man dann? Die Bürgermeisterin hat versucht diese Stimmung dort wieder in eine positive zu bringen und hat hastig gesagt, natürlich wird der Pkw weiterhin durch die Neutorgasse fahren. Inzwischen ist es aber angekommen und wurde es auch kundgetan. Beim zweiten Stammtisch, der jetzt erst letzte Woche stattgefunden hat, waren keine Fragen mehr zulässig. Man hat ein kurzes Statement dort verlautbart und hat sich dann Einzelgesprächen gewidmet. Fraglich bleibt ohne dies, ob es tatsächlich vertretbar ist, bei einer so neuralgischen Baustelle dieser Größenordnung und Wichtigkeit, derart einschneidend von der ursprünglichen Planung und Beschlussfassung abzuweichen und während der laufenden Bauphase auf Zuruf der politisch Verantwortlichen einzugreifen. Denn hätte die zuständige Verkehrsstadträtin vor Baubeginn ihre Neuausrichtung der Neutorgasse bekannt gegeben, hätte man womöglich die Schienenführung auch anders platziert. Das hätte vielleicht auch dazu geführt, dass man derzeit nicht diesen Gerüchten, und wir haben ja heute auch in der Fragestunde von der Frau Vizebürgermeisterin gehört, dass es ein Gerücht gibt, dass es keine Kostenexplosion gibt, dass es keine Fehlplanung gibt, obwohl sie gesagt hat, es gibt eine Korrektur, weil die Straßenbahn aus der Neutorgasse auf Einfahrt über die Tegetthoffbrücke die Kurve zu eng geplant ist. Also wenn das dann keine Fehlplanung ist, weiß ich auch nicht. Wenn diese Fehlplanung durch die Stadt Graz, was ja passieren kann, zugunsten eines Unternehmers, eines Betreibers einer Tiefgarage führt, der jetzt zusätzliche Kosten von ein paar 100.000 Euro stemmen muss, weil seine Zu- und Ausfahrt jetzt anders geplant werden muss und dadurch auch die Öffnung dieser wichtigen Tiefgarage in der Innenstadt verzögert wird, weil eigentlich wäre sie im November planmäßig wieder zufahrbar gewesen. Das ist aber nicht der Fall, weil es eben aufgrund dieser Planungsänderungen auch bei diesem Betreiber zu Umbaumaßnahmen kommt, die, wie gesagt, auch zur Erhöhung seines Sanierungsbudgets fällt. Dahingehend nehme ich schon die Bürgermeisterin und auch die Vizebürgermeisterin in Verantwortung, denn man kann da niemanden überlassen, sollte es dahingehend eben zu einer Korrektur dieser Straßenbahnführung kommen müssen. Weiteres ungemacht droht uns auch in der kleinen Neutorgasse, die aufgrund

dieser großen Umbaumaßnahmen auch jetzt temporär zu einer Fahrradstraße führt. Wir wissen, was solche temporären Einführungen sind, wenn einmal das Auto ausgesperrt wird, darf es sicher nicht mehr durchfahren. Auch hier wird befürchtet, dass der Autoverkehr aus der kleinen Neutorgasse zukünftig draußen bleiben wird. Das heißt auch, das, was wir bis jetzt wissen, es wird dort eine Fahrradstraße eingerichtet, das heißt, die Parkplätze kommen weg. Und auch, wenn das als Einzelposten nur 20 Parkplätze sind, wir wissen es, wir sind derzeit bei über 800 Parkplätze, die in den letzten zwei Jahren aufgrund von Straßenführungsänderungen oder anderen Baumschutzmaßnahmen weggefallen sind und es wurden bis auf ein paar vereinzelte, kleine Anrainerparkplätze keine adäquate Alternative oder Ersatz zur Verfügung gestellt. Daher stelle ich den

dringlichen Antrag

wie folgt:

Zu allen vier Punkten, die ich ganz kurz nur aufzählen möchte, sind die zuständigen Stellen aufgefordert den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche schriftliche Informationen über die geplante Verkehrsführung in der Neutorgasse zu erteilen. Weiters binnen einer Woche, schriftliche Informationen über den derzeitigen Stand der Baukosten und den Gründen für etwaige Baukostenüberschreitungen zu erteilen sowie binnen einer Woche schriftlich darüber Auskunft zu erteilen, ob es tatsächlich zu einer Fehlplanung der Innenstadtbaustelle gekommen ist und welche Auswirkungen ein Rechtsstreit mit dem Betreiber der Tiefgarage Andreas-Hofer-Platz nach sich ziehen würde und binnen einer Woche Informationen über die geplante Verkehrsführung für die kleinen Neutorgasse nach Beendigung der Innenstadtbaustelle zu übermitteln. Vielen Dank.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Seit März 2023 ist die Neutorgasse zwischen Joanneumring und Andreas-Hofer-Platz gesperrt. Geht es nach Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird die Neutorgasse auch weiterhin gesperrt bleiben. Nach Wochen und Monaten der Versuche, konkrete Antworten über das Schicksal der Neutorgasse unter der Verantwortung der selbsternannten „Gestalterin der Stadt“ Judith Schwentner zu bekommen, wurde nun schlussendlich verlautbart, dass es keinen Durchzugsverkehr mehr in der Neutorgasse geben werde.

Während im Juli beim ersten von der Stadt einberufenen Unternehmer:innen-Stammtisch noch Fragen zugelassen waren und auf eben diese Frage nach der Zukunft der Neutorgasse, nur ausweichend und beschwichtigend geantwortet wurde, kam Anfang September nun die Entscheidung der Vizebürgermeisterin. Eine Entscheidung, die sie offensichtlich einsam gefällt zu haben scheint. Der Koalitionspartner SPÖ berichtet jedenfalls davon, dass es in Sachen Neutorgasse noch zu keiner abschließenden politischen Einigung gekommen wäre. Auch die Bürgermeisterin selbst hat sich in öffentlichen Stellungnahmen gegen eine Sperre der Neutorgasse ausgesprochen.

Fraglich bleibt ohnedies, ob es tatsächlich vertretbar ist, bei einer so neuralgischen Baustelle dieser Größenordnung und Wichtigkeit derart einschneidend von der ursprünglichen Planung und Beschlussfassung abzuweichen und während der laufenden Bauphase auf Zuruf der politisch Verantwortlichen einzugreifen. Es wäre Aufgabe der zuständigen Verkehrsstadträtin gewesen, am Beginn ihrer Amtszeit die Planer über ihre Pläne zur Sperre des Durchzugsverkehrs in der Neutorgasse einzubinden – also noch vor dem Baubeginn! Wäre dies geschehen, hätte es eine andere, für die Straßenbahnführung vermutlich bessere Lösung gegeben, allenfalls auch in Zusammenschau mit den Abbiegerelationen aus und in die Seitengassen der Neutorgasse.

Die Bewohner:innen und Wirtschaftstreibenden der Neutorgasse haben sich jedenfalls verdient, dass die verantwortlichen Politikerinnen endlich eine klare und unmissverständliche Position einnehmen und mit einem konkreten Zeitplan und einem konkreten Plan für die zukünftige Verkehrsführung in der Neutorgasse die (wirtschaftliche) Planbarkeit für die Betroffenen ermöglichen. Die obere Neutorgasse soll nun temporär zu einer Fahrradstraße gemacht werden. Es ist aber zu erwarten, dass die obere Neutorgasse nach Beendigung der Baustelle auch weiterhin Fahrradstraße bleiben wird. Nicht nur aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der zur Fahrradstraße umgewandelten Marburger Straße stellen sich auch diesbezüglich einige Fragen. So gibt es auch hier keinen Ersatz für rund 20 Autoparkplätze. Auch ein zukünftiges Fahrverbot für PKW ist wie in der Marburger Straße zu befürchten.

Weiteres Ungemach droht Zeitungsberichten zufolge durch einen angeblichen Planungsfehler der Innenstadtbaustelle. Betroffen davon sei die Sanierung der Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz, deren Zu- und Ausfahrtsbereich durch mutmaßliche Planungsfehler der Stadt umgebaut werden müsse. Weiters wird berichtet, dass weder Stadtrat Eber, noch Vizebürgermeisterin Schwentner von dieser Sachlage Kenntnis gehabt hätten und dafür keine Verantwortung übernehmen wollten. Ebenso besorgniserregend sind ebenfalls berichtete Befürchtungen einer „Kostenexplosion“ der Innenstadtbaustelle durch diesen vermeintlichen Planungsfehler. Es stellt sich daher die Frage, wer tatsächlich Verantwortung und Kosten für diesen vermeintlichen Fehler und daraus resultierenden Umbau übernehmen wird und welche Auswirkung dieser Umbau auf die Dauer der Baustelle haben könnte. Ich stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

- *Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche schriftliche Information über die geplante Verkehrsführung in der Neutorgasse zu erteilen.*

- *Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche schriftliche Information über den derzeitigen Stand der Baukosten und den Gründen für etwaige Baukostenüberschreitungen zu erteilen.*
- *Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche schriftlich darüber Auskunft zu erteilen, ob es tatsächlich zu einer Fehlplanung der Innenstadtbaustelle im Bereich der Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz gekommen ist und welche Auswirkungen ein Rechtsstreit mit dem Betreiber der Tiefgarage nach sich ziehen würde.*
- *Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche Informationen über die geplante Verkehrsführung für die obere Neutorgasse nach Beendigung der Innenstadtbaustelle zu übermitteln.*

KO GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Stadtregierung, Frau Bürgermeister, liebe Zuhörer:innen am Livestream, liebe Antragstellerin Kollegin Gmeinbauer. Ich fange es einmal so an, dass es bis dato noch nicht abschließend geprüft und bewertet und entschieden ist, ob die Neutorgasse mehr oder weniger offen bleibt für Durchfluss, durchziehenden Verkehr, für Zufahrten bleibt die Neutorgasse jedenfalls offen, was optimalerweise im Sinne eines qualitätsvollen und schnellen, fahrgastfreundlichen ÖPNV notwendig ist, für den Straßenbahnverkehrs notwendig ist, dass die Straßenbahn Burgführerin ist und dahinter unter Umständen Autos, die eine Durchfahrt planen, sich anordnen müssen. Und allein das würde wahrscheinlich auch dazu führen, dass man diese Straße nicht unbedingt wählt, außer man möchte in eine der Seitenstraßen oder direkt in der Neutorgasse mit dem Auto hin. Und das wird sowohl den Betrieben, als auch den Anwohner:innen, den Zusteller:innen, Professionist:innen und so weiter und so fort, immer möglich sein. Die

ganze Innenstadt West, die Neutorgasse bleibt für Autozufahrten, für die Zufahrt zum Parkplatz, für die Zufahrt zum Betrieb offen. Und alles was hier behauptet wird, es sei etwas entschieden worden und es sei etwas später entschieden worden, ist so einfach nicht richtig. Punkt zwei, die Neutorgasse, wo die Mutmaßung hier formuliert wird, dass sie jetzt aus einer guten Notwendigkeit heraus temporär zu einer Fahrradstraße gemacht wird, würde definitiv, auch das ist nicht entschieden, würde definitiv zu einer dauerhaften Fahrradstraße werden, auch das ist nur eine Mutmaßung. Warum müssen wir, wollen wir und sollen wir die obere Neutorgasse, die kleine Neutorgasse, zu einer Fahrradstraße machen? Weil es den Murradweg östlich der Mur aufgrund der Brückenbaustellenarbeiten so nicht geben wird, das heißt, der wird umgeleitet. Wie das dann weiter geht. Wie das angenommen wird, wird sich über das nächste Jahr dann auch gut zeigen. Ich denke, und das ist meine persönliche Meinung, und ich weiß, es ist nicht nur meine persönliche Meinung, es sehen auch viele Menschen in Graz so, es ist nicht verkehrt in dieser schönen Straße mehr den Blick auf die Gebäude, die Möglichkeiten für die Unternehmen, für Gastgärten und ähnliches zu eröffnet. Das dritte, der Planungsfehler, ich sage jetzt ganz kurz, die Planung wurde 2017 im September beauftragt hier durch den Gemeinderat. Sie ist dann eigentlich noch unter Bürgermeister Nagl sehr weit getrieben worden und dieser Planungsfehler ist wenn dann zu dieser Zeit passiert, A. Und B, ist es nicht richtig, und ich darf dir dazu eine Presseinformation der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz vom Montag mitgeben, solltest du eigentlich kennen, dass dieser Zeitungsbericht eines Landespolitikers, dem ich nicht so viel glauben würde persönlich, dass dieser Zeitungsbericht eigentlich auf nichts fußt und so nicht richtig ist. Das gebe ich dir hier mit. Und das Letzte ist, irgendwie kommt mir vor, ihr redet mit euch so lange im Kreis über Probleme und Möglichkeiten, Befürchtungen und ich weiß nicht was alles, bis ihr es selbst glaubt. Keine Dringlichkeit, und sorry, Zusatzantrag natürlich auch nicht.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (16.32 Uhr).

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Ich habe zu diesem Thema das letzte Mal schon gesagt, dass Kommunikation etwas ganz, ganz Wichtiges ist. Und durch Stille Post kann natürlich sein, dass gewisse Behauptungen dann plötzlich weiter gehen und natürlich die Unternehmer verunsichern. Und warum verunsichert es einen Unternehmer? Natürlich weil der planen muss, bei dem geht es einfach ums Überleben, bei dem geht es um die Existenz, der muss auch planen, wann kann er welche Mitarbeiter beschäftigen, eventuell Leute kündigen oder auch auf Urlaub schicken, wann kann er sein Geschäft aufsperrern? Weil wenn ich jetzt von der Neutorgasse ein bisschen abschweifen möchte in Richtung Radetzkyplatz, so nett das ist, dass der Radetzkyplatz jetzt offen ist, aber die Leute gehen, die Besucher gehen auf der Baustelle. Sie müssen teilweise Gräben überwinden, was zum einen für die Bauarbeiter echt eine Zumutung ist, weil zwischen den Baufahrzeugen tatsächlich die Fußgänger gehen. Die Unternehmer wissen dann nicht, wenn sie in der Früh kommen, ist heute mein Geschäft zugänglich oder nicht? So wie es bei einem Geschäft war, dass es dann verbarrikadiert war. Sie hat dann aber einen Bauarbeiter gefunden, der geholfen hat, diese Barrikade wegzuschieben, weil alleine hätte sie es nicht geschafft. Und das glaube ich dir schon, lieber Herr Klubobmann, dass du dir die Hände vor den Kopf zusammenschlägst, weil das machen die Unternehmer auch. Weil bei denen geht es wirklich um die Existenz, um einen Umsatz, und die haben nicht nur ein Viertel Umsatzeinbruch, sondern manche haben bis zu 70 % weniger Verkauf pro Monat, was tatsächlich existenzgefährdend ist. Und da sollten man jetzt nicht mit Stiller Post oder sonstigen Behauptungen um sich werfen, sondern da wäre eine Kommunikation wirklich wichtig, weil die Bauzäune sind super geeignet dafür auch die Wege aufzuzeigen, zu welchen Hausnummern kommt man, zu welchen Geschäften kommt man. Und das muss man nicht den Geschäftsleuten selbst überlassen. Weil der eine Friseur hat aufgehängt, dass es dort zu seinem Geschäft geht. Drei Tage später ist genau von dem einen Friseur diese Tafel vor einem anderen Friseur gestanden, weil die Bauzäune dann natürlich umgestellt worden sind. Das sind alles Dinge, die könnte man als Stadt oder als auch als zuständiger Politiker in die Hand nehmen, dass Kommunikation und Wege einfach

werden, weil es einfach um die Existenz geht. Das Gleiche bei der oberen oder kleinen Neutorgasse, mag nur vielleicht ein Gerücht sein, aber auch die Unternehmen wollen planen, wie schaut es aus, können nur noch Radfahrer zu mir kommen? Kann ich tatsächlich Ware beziehen? Wo wird die nächste Ladetätigkeit sein? Wie werden Menschen, die eine Behinderung haben, oder Geschäfte, die ältere Kunden haben, wie können die tatsächlich zu mir kommen? Das sind alles berechnete Fragen, auf die man sofort eine Antwort geben muss. Und ich glaube, man kann so mutig sein, weil es wird einem keiner den Schädel abreißen, dass man auch zu den Unternehmen geht, die betroffen sind. Weil das sind jetzt nicht 500 Unternehmer, sondern da geht es um ein, zwei Straßenzüge, die man tatsächlich auch besuchen kann und wo man solche Missverständnisse aufklären kann. Ich habe die letzte Stammtischveranstaltung gut gefunden, weil man wirklich direkt Fragen stellen konnte, aber es war halt auch zu einer Zeit, wo möglicherweise nicht alle noch Zeit dafür haben. Deswegen denke ich, man muss wirklich auf die Unternehmer zugehen, dass die Ängste haben, genauso ist es auch mit den Bewohnern. Deswegen sehen wir das so, dass uns dieser Antrag nicht weitreichend genug ist, weil es ist schon schön, wenn die Ausschussmitglieder informiert werden, es müsste halt jeder einzeln dann ausschwärmen zu den Unternehmen. Deswegen werden wir dann nachher auch einen Zusatzantrag stellen, wenn die Dringlichkeit durchgeht, damit einfach die Information wirklich direkt zu den betroffenen Unternehmen, zu den Bewohnern, nicht nur in der Neutorgasse, Radetzkypitz zum Co, sondern auch in der näheren Umgebung, weil die ja auch davon betroffen sind, gelangt. Also das wäre uns wirklich ein wichtiges Anliegen, weil beim letzten Stammtisch einige Unternehmer, die gerne gekommen wären, keine Einladung bekommen haben und auch da musste die Stille Post dann weitergehen. Manche haben es dann geschafft, auch für andere war das dann zu kurzfristig. Also ich bitte euch, keine Stille Post und kein Politik-Hickhack. Bei den Unternehmen geht es um die Existenz und da kann man wirklich so fair sein und schnell direkt auf sie zugehen und die Dinge aufklären.

GR Wagner:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Um was geht in diesem Antrag? Danke einmal grundsätzlich dafür. Eigentlich um etwas ganz auch Einfaches. Klare Kommunikation und klare Information und nicht mehr und nicht weniger. Und warum geht es darum? Um einfach eine Planungssicherheit für die Unternehmer dort zu schaffen. Der Herr Klubobmann Dreisiebner hat es eh schon ausgeführt, die Grüne Partei sieht es nicht als dringlich an. Die zuständige Stadträtin offenbar auch nicht, weil sonst wäre sie im Raum und das ist wahrscheinlich eben dieser neue Stil, der heute schon ein paar Mal strapaziert worden ist, alles aus der Zeitung herauszulesen. Aber wir als Opposition, glaube ich, sind da nicht wehleidig, wir erwarten uns da auch gar nichts anderes, ist ja kein Problem, sehr lustig ist, dass das offenbar eure Partner in der Koalition tun müssen. Aber das müsst auch ihr euch selber ausmachen, aber wir können sehr gerne einmal vermitteln und auch da einen Stammtisch machen, ist ja gar kein Problem. Aber eines ist schon schlimm, und zwar, dass die Bürger, die Betroffenen und vor allem die Unternehmer, alles immer aus der Zeit erfahren müssen und dann eben immer nur Teilware, offenbar nur Teilware an Informationen bekommen. Und so kannst du als Unternehmer einfach nicht langfristig planen, du musst dich einfach darauf einstellen, kann ich einen Betrieb so fortführen, wie er jetzt ist, muss ich da vielleicht Anpassungen annehmen, oder ist vielleicht auch der Standort nicht mehr der richtige. Das muss man sich dann überlegen, aber die Möglichkeit müssen wir, und da sind wir verpflichtet dazu, dem Unternehmer auch geben, die Information müssen wir ihm geben. Und deshalb, zum grundsätzlichen Antrag, ein klares Ja von mir und auch zum Zusatzantrag, denn diese Anträge fordern ja nichts anderes, als eine Information, und ich glaube, das sind wir den Unternehmen und den Anwohnern dort absolut schuldig. Danke.

StR Eber:

Danke, nur eine kleine Information, die Frau Vizebürgermeisterin fehlt nicht aus Desinteresse jetzt im Moment, sondern, ebenso wie die Frau Bürgermeisterin und der

Kollege Riegler, ist hier gerade beim Einschalten der Weihnachtsbeleuchtung und bringt so ein bisschen Licht ins Dunkel.

GR Lenartitsch:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseher, liebe Antragstellerin. Der Dringlichkeit, glaub ich, das hat man ja schon vernommen, werden wir nicht zustimmen. Warum? Ich kann mich wahrscheinlich unschwer in die Situation eines Gewerbetreibenden hineinsetzen, der bei einer großen Baustelle, die, ich weiß nicht, seit 30 Jahren eigentlich beworben wird, dass sich dort etwas verändert, dann plötzlich auftritt. Wenn ich dann sage, jetzt erwischt es mich und jetzt brauche ich Unterstützung, wird ja auch immer gesagt, der Unternehmer muss planen. Hat er da schon geplant oder hat er nicht geplant? Wie haben die Unternehmer geplant, als die Herrengasse die komplette Gleissanierung gehabt hat und keine Zustellmöglichkeit zum Geschäft war? Wie haben die Gewerbetreibenden am Hauptplatz ihr Geschäft weiter öffnen lassen können, als der Hauptplatz komplett saniert wurde mit den großen Granitsteinen? Es ist gegangen. Ich frage mich dann immer, was haben wir davon jetzt dann uns gegenseitig anscheinend immer auszurichten? Wer hat einen Fehler gemacht? Diese Baustelle, endet mit nächster Woche am Radetzkyplatz, sodass die Linienführung der Autobusse wieder ganz normal läuft. Ich glaube, das sollte in unserem Fokus sein, dass die Leute wieder am Jakominiplatz umsteigen können, direkt, dass es noch schneller geht, als dass man jetzt so quasi weitläufige Fußwege hinnehmen muss. Darauf sollte unser Fokus sein. Und vor allem, weil das die Leute sind, die das öffentliche Verkehrsmittel brauchen, damit sie zur Arbeit kommen oder damit sie schneller von A nach B kommen. Und ich bitte deswegen, noch einmal darüber nachzudenken, ob es gescheit ist, immer so ein bisschen, das Wort darf ich nicht sagen, weil sonst bekomme ich einen Ordnungsruf, dass man einfach vielleicht einmal, mein Papa hat immer mag gesagt, lass einmal fünf gerade sein. Ja, ist so. Bitte.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Lieber Herr Kollege Dreisiebner, es ist ja schön, wenn du von Mutmaßungen sprichst, das tun nämlich die Unternehmerinnen und Unternehmer auch und auch die Anwohner:innen und unsere Besucher in der Stadt, die auch auf Mutmaßungen hin die Geschichten wahrnehmen. Und wenn du jetzt sagst, alles ist eine Mutmaßung, was ich sage, dann bitte ich wirklich zukünftig den Ausschuss darüber zu informieren, damit man vielleicht auch uns die Gelegenheit gibt, bei den Mutmaßungen mitzudiskutieren. Und dann möchte ich nur sagen, wenn du jetzt sagst, dieser Planungsfehler wäre aus der Planung 2017 entstanden, glaube ich nicht, dass man seit 2017 diese Planungen nicht mehr in der Hand hat, dass man sie nicht noch einmal angeschaut hat, sie nicht korrigiert hat, bevor man da die Baustelle bitte begonnen hat. Also das kann ich mir nicht vorstellen, dass ein Bebauungsplan fünf Jahre herumliegt und nachher dann, nachdem wir im Prozess der Umbauten sind, kommt man drauf, hoppala, da ist eine Planungsfehler drinnen. Das würde ich entschieden zurückweisen, dass unsere Beamten dahingehend einen Fehler gemacht haben. Wenn da wo was passiert ist, dann muss man auch dafür gerade stehen und kann bitte nicht jedes Gerücht von sich abweisen. Und im Unternehmer dann bitte den Schwarzen Peter aufbinden, das geht nicht. Und dem roten Koalitionspartner möchte ich bitte auch noch die Info dalassen, die Frau Kollegin Schlüsselberger hat letzte Woche dem ORF bitte ganz eine andere Wortwahl gegeben, nämlich, dass sie der Meinung ist, dass es noch zur Beschlusslage kommt, dass man mehrere Varianten bespricht und gleichzeitig wird aber immer wieder von der Frau Vizebürgermeisterin gesagt, dass das Auto draußen bleiben wird. Und auch wenn du, lieber Karl, sagst, es dürfen die Lieferanten dort zufahren, es darf der Bewohner zufahren, es darf der, der bei einem Geschäft etwas abholt, zufahren. Weißt du oder kennst du wirklich die Unternehmer dort? Da gibt es Geschäftstreibende, die sind vom fließenden Verkehr abhängig. Und es hat von der WKO eine Abfrage gegeben, der würde absiedeln oder die würden absiedeln. Und wenn man nicht endlich klar Schiff macht und dort einmal Tacheles spricht, dann können sich die Unternehmer jetzt noch anders orientieren, bevor, und das finde ich super, wenn die Frau Vizebürgermeisterin und die Frau Bürgermeisterin jetzt unten

das Licht anmachen am Christbaum, bei diesen Unternehmen dann das Licht ausgeht.

Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

10.2 Aktualisierung und Fortsetzung des Sachprogrammes Grazer Bäche (GR DI Georg Topf, ÖVP)

GR DI Topf:

Sehr geehrter Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die durch Hochwassersituation immer wieder sozusagen tangiert und in Mitleidenschaft gezogen werden. Mein Thema ist heute die Aktualisierung und Fortsetzung des Sachprogramms Grazer Bäche. Das Sachprogramm Grazer Bäche ist ein Arbeitsprogramm. Viele haben ja mitgewirkt und auch beschlossen, welches als wesentliches Ziel die Hochwassersanierung der Grazer Siedlungsräume zum Inhalt. Die Bearbeitung erfolgt in enger Zusammenarbeit, klarer Weise, zwischen Stadt, Land und Bund. Da geht es ja auch um die Finanzierung. Dabei gilt die Prämisse neben dem Hochwasserschutz, und das ist entscheidend, im Sinne eines ganzheitlichen Planungsansatzes, auch die ökologische Funktionsfähigkeit sowie die Erlegbarkeit für die Bevölkerung wieder herzustellen. So steht es in den Grundsätzen des Sachprogramms Grazer Bäche. Folgende wesentliche Ziele wurden formuliert: Die vom Hochwasser betroffenen Bauobjekte zu schützen, die ökologische Funktionsfähigkeit der Bäche wiederherzustellen, da haben wir einiges an Renaturierung zu machen, die Bäche als Naherholungsraum für die Bevölkerung erlebbar machen, das Kanalsystem der Stadt Graz entlasten, auch ein wesentlicher Punkt, die Naturverbundenheit der Grazer Bevölkerung zu stärken und die Bäche wieder ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. So steht das Wort für Wort auch in

der Einleitung, wenn ich das so sagen darf, des Sachprogramms Grazer Bäche. Im derzeit aktuelle zur Verfügung stehenden Sachprogramm sind die Baumaßnahmen mit der jeweiligen Benennung des Baches, der erforderlichen Arbeiten und der vorhergesehene Umsetzung, des vorhergesehenen Umsetzungszeitraumes, bedauerlicherweise nur bis zum Jahr 2021 angeführt, sodass eine Aktualisierung und Fortsetzung des für die Daseinsvorsorge, heute haben wir schon über Daseinsvorsorge ausführlich gesprochen, notwendigen Hochwasserschutzes höchst geboten sind. Nach den Hochwasserereignissen im heurigen Jahr wären dies insbesondere auch Maßnahmen zum Beispiel im Bereich des Ragnitzbaches und des Stiftingtalbaches, die beiden Bäche haben wir im Sachprogramm noch nicht enthalten, auch im Zusammenhang mit der dort vermehrt auftauchenden und auftretenden Hochwasserproblematik. Das hängt durchaus zusammen, wir haben dort Verbauung durchgeführt. Die Handwasserproblematik führt dazu, dass es verstärkt zur Beaufschlagung der beiden Bäche kommt. Also ich habe diese beiden Bäche bewusst jetzt heute vorangestellt, weil die beiden Bäche nicht im Sachprogramm, das allerdings nur bis 2021 hier dargestellt ist, enthalten sind.

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Bürgermeister-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner wird um Prüfung, es geht um Prüfung, ersucht, inwieweit die nach wie vor erforderlichen Baumaßnahmen im Bereich des Ragnitzbaches und des Stiftingtalbaches in einem aktualisierten Programm dargestellt und fortgesetzt werden können. Es geht mir also darum, mit diesem Antrag, zu schauen, was kommt sozusagen nach dem Jahr 2021, da gibt es eben die Trennlinie sozusagen, oder keine Fortführung für die folgenden Jahre. Bis zu der im Jänner 2024 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt und Grünraumplanung ist ein diskussionsfähiger Entwurf vorzulegen. Also es geht darum, wie kann man der Sachprogramm Grazer

Bäche aufgrund der Notwendigkeiten, die sich jetzt aufgrund auch der Regenereignisse erstellt haben, wie kann man das Programm sinnvoll fortsetzen unter Einbindung von Bund, Land und Stadt. Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Das Sachprogramm Grazer Bäche ist ein Arbeitsprogramm, welches als wesentliches Ziel die Hochwassersanierung der Grazer Siedlungsräume zum Inhalt hat. Die Bearbeitung erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt, Land und Bund. Dabei gilt die Prämisse, neben dem Hochwasserschutz – im Sinne eines ganzheitlichen Planungsansatzes – auch die ökologische Funktionsfähigkeit sowie Erlebbarkeit für die Bevölkerung wiederherzustellen.

Folgende wesentliche Ziele wurden formuliert:

- die von Hochwasser betroffenen Bauobjekte schützen*
- die ökologische Funktionsfähigkeit der Bäche wiederherstellen*
- die Bäche als Naherholungsraum für die Bevölkerung erlebbar machen*
- das Kanalsystem der Stadt entlasten*
- die Naturverbundenheit der Grazer Bevölkerung stärken*
- die Bäche wieder ins Bewusstsein der Menschen rücken*

Im derzeit aktuellen, zur Verfügung stehenden Sachprogramm sind die Baumaßnahmen mit der jeweiligen Benennung des Baches, der erforderlichen Arbeiten und des vorgesehenen Umsetzungszeitraumes bedauerlicherweise nur bis zum Jahr 2021 angeführt, sodass eine Aktualisierung und Fortsetzung des für die Daseinsvorsorge notwendigen Hochwasserschutzes höchst geboten sind. Nach den Hochwasserereignissen im heurigen Jahr wären dies insbesondere auch Maßnahmen, zum Beispiel im Bereich des Ragnitzbaches und des Stiftingtalbaches – auch im Zusammenhang mit der dort vermehrt auftretenden Hangwasserproblematik.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner wird um Prüfung ersucht, inwieweit die nach wie vor erforderlichen Baumaßnahmen im Bereich des Ragnitzbaches und des Stiftingtalbaches in einem aktualisierten Programm dargestellt und fortgesetzt werden können. Bis zu der im Jänner 2024 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt und Grünraumplanung ist ein diskussionsfähiger Entwurf vorzulegen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Liebe Alle. Ich darf mich hier melden, weil ich letzten Oktober 2022 den Bericht über dieses Sachprogramm auch vorgestellt habe und mich damals auch damit beschäftigt habe. Und das ist ja sozusagen ein Living Document, das sich immer den Erfordernissen auch anpasst. Du hast es schon erwähnt, Georg, es ist das SAPRO-Programm wird in engster Abstimmung mit dem Land und mit dem Bund abgewickelt und die Entscheidungen darüber, wo Schwerpunkte gesetzt werden, laufen hinsichtlich der Förderung auch immer sozusagen über die Entscheidung des Landes, als auch des Bundes. Du hast aber sehr konkret zwei Bäche angesprochen, die nicht erwähnt sind, soweit das sozusagen die Grünraumabteilung berichten kann, sind diese Bäche nicht unbedingt gerade, also die haben geringe Bearbeitungspriorität, weil Dinge, die du jetzt erwähnt hast, sind ja eigentlich auch nicht wirklich Teil dessen, wenn zum Beispiel die Zusammenhänge mit Hangwasser oder Hangwässern und deren Lösung, oder die Straßenentwässerung, beziehungsweise dann auch die Kanalplanungen, das ist nicht Teil dieses SAPRO-Sachprogramms. Wie schon erwähnt, gibt es eben eine geringe Bearbeitungspriorität dieser beiden Bäche, allerdings hat die Grünraumabteilung auf Ansuchen des Bezirkrates sehr wohl eingehende Untersuchungen und auch

Beratungen mit Begehungen gemacht, weil doch von Seiten der Bevölkerung durchaus Bedenken geäußert worden sind. Es gab ein Starkregenereignis im Juni dieses Jahres und es hat danach auch Evaluierungen gegeben, eben im Zusammenhang mit dieser gemeinsamen Begehung, und dabei wurde auch festgestellt, dass das Problem nicht die Bäche selber sind und das Wasser, das sie quasi führen, sondern eher die Hangverbauungen, also das nennen sie diffus abfließende Gewässer, als auch die ungünstige Objektssituierung in diesen Hängen. Das heißt, generell wird es laufend eigentlich bearbeitet, auch der Stiftingtalbach und der Ragnitzbach. Sie werden deshalb auch bearbeitet, weil es ist geplant, dort Retentionsbecken zu erweitern, Rückhalteanlagen zu errichten. Dabei geht es aber nicht so sehr um die beiden Bäche, sondern vielmehr auf die Erhöhung des Schutzgrades oder des Unterlaufs, nämlich des Leonhardbachs, man muss das ja immer als Ganzes betrachten, und der Leonhardbach ist eigentlich derzeit der problematische. Insofern sehen wir jetzt nicht eine Dringlichkeit genau in dieser Fragestellung, die hier im Zusammenhang dieses Antrages beantragt wurde.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich kann der vorhergehenden Rednerin eigentlich nur widersprechen. Ich glaube sehr wohl, dass diese beiden genannten Bäche ein gewisses Potenzial haben, eine Gefahr darzustellen, dass das berechtigt ist, dass man diese beiden Bäche genauso aufnimmt in dieses Sachprogramm. Dieses Sachprogramm ist ein wichtiges, weil es nicht nur Richtung Hochwasserschutz auf der einen Seite geht, sondern nämlich auch bis zu einem gewissen Grad um Bewusstseinsbildung, um auch Infrastrukturelemente zu beinhalten, die Kanalentlastung bei starken Regenfällen. Und ich hoffe trotzdem, dass diese Dringlichkeit bei diesem Antrag angenommen wird. Sollte es der Fall sein, würden wir in einem Zusatzantrag, der Ihnen ebenfalls vorliegt, hier noch einen Schritt sogar weiter gehen, nämlich einerseits den Thaler Bach mit aufnehmen und hier die Frau Vizebürgermeisterin in die Pflicht nehmen, dass sie prüft, ob beim Thaler Bach im

Bereich Fuchsloch/Winkelbach ein Rückhaltebecken weiterhin möglich ist, ob dieses in einem solchen Programm aufzunehmen ist. Und in der zweiten Variante, dass sie da in die Pflicht genommen wird, dass es auch darum geht, zu prüfen, inwiefern pluviales Hochwasser, der Antrag stammt in erster Linie aus der Feder von einem Klubobmann, der ist da sehr belesen in diesem Bereich, pluviales Hochwasser, also Regenwasser und Hangwasser, was im Endeffekt zu Hochwasser führt, damit ist der Bildungsauftrag, den ich weitergebe, von meinem Klubobmann auch erfüllt, im Gegensatz übrigens zum fluvialen Hochwasser, also das Hochwasser aus einem Bach resultiert. Sei es drum, um beide Punkte sollten sich die Frau Vizebürgermeisterin kümmern und sollte in weiterer Folge auch dem zuständigen Ausschuss berichten. In aller Deutlichkeit, es fällt niemandem ein Stein aus der Krone, wenn man hier die Dringlichkeit und den Inhalt mitnimmt und dem zustimmt. Ich glaube, es ist im Sinne der Bürger und das sollte eigentlich unser gemeinsames Interesse sein.

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Zusatzantrag:

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner wird um Prüfung ersucht, inwieweit die nach wie vor erforderlichen Baumaßnahmen im Bereich des Ragnitzbaches und des Stiftingtalbaches in einem aktualisierten Programm dargestellt und fortgesetzt werden können.

Ebenfalls wird die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner um Prüfung ersucht, inwieweit die dringend notwendigen

weiteren Baumaßnahmen – in concreto Rückhaltebecken – entlang des Thaler Bachs, insbesondere beim „Fuchsloch/Winkelbach“ in einem aktualisierten Programm dargestellt und fortgesetzt werden können und ob diese Rückhaltebecken wie vom Hochwasserrisiko-Management des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus im Jahr 2015 vorgesehen bis 2027 umgesetzt werden kann.,

Ebenfalls wird die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner um Prüfung ersucht, welche (Bau-)Maßnahmen gegen die Gefahren von pluvialem Hochwasser (Überschwemmungen bei starken Regenfällen durch Hangwasser beziehungsweise Oberflächenabfluss und Muren) in gefährdeten Gebieten im Grazer Stadtgebiet getroffen werden können und inwieweit diese dringend erforderlichen (Bau-)Maßnahmen in Gebieten mit einer starken Gefahr von pluvialem Hochwasser – wie zum Beispiel die Raach – in einem aktualisierten Programm dargestellt und fortgesetzt werden können.

Bis zu der im Jänner 2024 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung ist ein diskussionsfähiger Entwurf vorzulegen.

GR DI Topf:

Alexandra, ich widerspreche dir sehr selten, aber diesmal doch. Genau das ist das Problem, wieso ich da auch die Hangwasserproblematik mitgenommen habe, weil gerade die Hangwassersituation tatsächlich durch andere Fließpfade, du kennst dich hier auf diesem Gebiet ja auch aus, zu Hochwassersituation in den Bächen führt. Das ist ja die große Problematik. Wir haben dort eine Handwasserproblematik, die dann tatsächlich zur größeren Beaufschlagung der beiden Bäche führt, das ist ja Ereignis gewesen im heurigen Sommer, du hast es ja richtig angesprochen, ich habe mir auch die Bilder angeschaut, es ist tatsächlich so, dass durch das Einzugsgebiet eine vermehrte Beaufschlagung der beiden Bäche führt, also nicht so sehr sozusagen, das dahinterliegende Einzugsgebiet, sondern der Bereich, wo eben verbaut wurde, das

muss man ja ganz klar sagen, und dadurch die Hangwasserproblematik verstärkt wurde, weil eben die Versickerung in verschiedenen Bereichen nicht mehr notwendig ist, man baut einen Kanal oder es rinnt das Wasser entlang der Straße, eben dem Bach zu. Deshalb war sozusagen auch der Wunsch des Bezirkes, noch einmal die beiden Bäche in ein Programm, auch wenn die Priorisierung vielleicht jetzt nicht sofort ist, aber wir haben tatsächlich im Sachprogramm Grazer Bäche ein Programm, das mit 2021 aufhört. Du hast das ja auch richtig gesagt, es ist darüber berichtet worden. Aber wie schaut die Zukunft aus? Welche Bäche werden weiter sozusagen hinsichtlich der Schutzwassermaßnahmen weiterhin betreut, wenn ich das so sagen darf, und welche Bäche aufgrund der jetzigen Situation, die wir heute jetzt zu gewärtigen haben, werden zukünftig aufgenommen? Das ist eigentlich mein Ansatz. Es geht ja hier nicht darum, dass man sofort etwas unternimmt, sondern ich habe ausdrücklich geschrieben, wird um Prüfung ersucht, jetzt habe ich beispielweise diese zwei Bäche genannt, Kollege Winter hat zwei Bäche dazu genommen oder zumindest einen Bach dazu genommen. Es geht nur um eine Prüfung, zu schauen, ob es notwendig ist, diese beiden Bäche, oder auch den dritten Bach, in einem Sachprogramm aufzunehmen. Es muss ja nicht gleich sozusagen jetzt sofort in der Umsetzung nächstes Jahr passieren, sondern wie schaut es aus, wenn wir dort die Probleme haben. Es geht also ausschließlich um die Prüfung, ob diese Bäche mitaufgenommen werden sollten, ja oder nein.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

10.3 Verpflichtende Verwendung von Mehrweggeschirr (GR DI David Ram, Grüne)

GR DI Ram:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Grazerinnen und Grazer. Ich habe heute ein recht schönes Thema. Es geht um die verpflichtende Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen. In der Stadt Graz gibt es eine Vielzahl an Veranstaltungen, das ist auch sehr positiv, dass man das ein bisschen in Zahlen gießt. Wenn man hier alles zusammenzählt, kommt man auf ca. 2,6 Millionen Besucher:innen bei Veranstaltungen in Graz. Das ist natürlich sehr schön, also für die Besucher, auch für die Veranstalter, aber hat natürlich auch große Umweltauswirkungen. Dazu zählen zum Beispiel eben der Abfall, der durch die verschiedensten Gebinde entsteht, und da kommt es also nach Schätzungen zu ca. 2 Kilogramm Abfall pro Besucher. Und das erzeugt nach Schätzungen ungefähr 5.200 Tonnen Abfall und das sind nur für 10 % des Grazer Restmüllaufkommens. Also durchaus etwas, das relevant ist für uns. Bei vielen Veranstaltungen ist es leider immer noch so, dass eben Einweggeschirr verwendet wird, also Einwegartikel, muss man sagen, Becher, Flaschen, Dosen, Geschirr, und die sind zu 90 % eigentlich für die Abfallmenge verantwortlich. Jetzt haben wir, das muss man sagen, in Graz eigentlich eh schon eine sehr gute Regelung, also seit 2007 ist es vorgeschrieben, dass auf öffentlichen Flächen, also wenn jemand ansucht, auf irgendeiner öffentlichen Fläche in der Stadt Graz eine Veranstaltung machen zu dürfen, dann ist Mehrweggeschirr bereits vorgeschrieben. Und das führt auch zu dem, da ist eine Untersuchung gemacht worden, dass ca. 63 % hier bereits Mehrweggeschirr verwenden, also es ist durchaus auch schon gängige Praxis. Aber auch hier haben wir noch einen großen Bereich, den wir noch brücken müssen. Und wir haben natürlich einen Bereich, also der gesamte private Bereich, alle Veranstaltungen, die auf privatem Grund stattfinden, hier gibt es nur eine empfehlende Vorschrift, die eben über das Steiermärkische Veranstaltungssicherheitsgesetz eben kommt. Und hier wollen wir einhaken, hier wollen wir ein Puzzleteil einfügen, um eben hier noch einen weiteren Schritt zu setzen. Und daher stellen wir folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat ersucht auch dem Petitionsweg die steiermärkischen Landesregierung um eine Änderung des § 6 und 46 der Steiermärkischen Veranstaltungssicherheitsverordnung mit dem Ziel, dass man eben die empfohlen Verwendung auf eine verpflichtende Verwendung umwandelt. Wir wollen aber nicht nur jetzt eben das Land nur in die Pflicht nehmen, sondern auch schauen, was können wir selbst tun. Und ich glaube, da gibt es immer etwas zu verbessern und daher fordern wir die zuständigen Stellen der Stadt Graz auf, hier zu prüfen, in welcher Form wir die Verwendung von Mehrwegsysteme weiter unterstützen können und auch Förderungen das mit hinein zu nehmen. Ja, das ist der Antrag und ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In der Stadt Graz gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen im öffentlichen Raum und in Veranstaltungsstätten, die Tausende von Besucher:innen nach Graz locken. So wurden zum Beispiel beim Aufsteirern 2022 in Graz lt. Veranstalter 120.000 Besucher:innen gezählt. Der Grazer Advent 2022 mit seinen 14 Adventmärkten und 200 Standler:innen verzeichnete bis Mitte Dezember bereits mehr als eine Million Besucher:innen. Für das Jahr 2019 wird die Zahl der Besucher:innen bei den größten Veranstaltungen in Graz auf ca. 2.6 Millionen geschätzt. Veranstaltungen an festen Veranstaltungsstätten (zum Beispiel im Stadion, der Messe Graz etc.) sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Veranstaltungen haben direkte und indirekte Umweltauswirkungen. Dazu zählen der Anfall von Abfall, der Ressourcenverbrauch (Material, Strom, Wärme, Wasser), die Verpflegung, die An- und Abreise der Gäste, die Transportwege für die Anlieferung uvm. Es gibt nur vage Vergleichszahlen für einzelne Umweltauswirkungen von Veranstaltungen, die einen ersten Rückschluss auf Graz erlauben und die Dimension erkennen lassen. So werden laut der EnergieAgentur NRW1 pro Person auf einer

Veranstaltung 2 kg Abfall und etwa 37 kg CO₂ im Durchschnitt produziert.

Umgerechnet auf die Besucher:innenzahlen 2019 in Graz ergibt das 5.200 t Abfall (= 11 % des Restmüllaufkommen in der Stadt Graz pro Jahr) und rund 9.600 t CO₂.

Bei vielen Veranstaltungen ist die Verwendung von Einwegartikeln (Becher, Flaschen, Dosen, Geschirr) für eine große Abfallmenge verantwortlich. Eine der wichtigsten Maßnahmen für die Abfallvermeidung und damit Reduktion der ökologischen Auswirkungen von Veranstaltungen ist die Verwendung von Mehrweggeschirr und -gebunden, also Essgeschirr, Becher und Besteck. Auch im Vergleich zu Wegwerfalternativen aus sog. Biokunststoffen ist die Mehrweglösung die ökologisch sinnvollste. Durch die Verwendung von Mehrweggeschirr können bis zu 90 % der bei Veranstaltungen anfallenden Abfälle vermieden werden. Auch um die Klimaziele, die in nationalen und internationalen Klimaschutzabkommen festgelegt sind zu erreichen, ist die Stadt Graz gefordert, ihr Augenmerk auch auf Veranstaltungen zu richten und diese in Zukunft nachhaltiger auszurichten.

Im Bereich der Stadt Graz haben wir die Möglichkeit, auf Grundlage einer Richtlinie¹

bei Veranstaltungen, die auf öffentlichen Flächen stattfinden, die Verwendung von Mehrweggeschirr als Zustimmungsvoraussetzung vorzuschreiben. Bei manchen Veranstaltungen, wie dem Marathon, wird aus Sicherheitsgründen davon abgesehen. Auch in den Grazer Bädern kommt im Gastro-Bereich noch immer Einweggeschirr zum Einsatz. Von Seiten der Freizeitbetriebe wird auf bestehende Pachtverträge verwiesen, die eine Verpflichtung zu Mehrweggeschirr nicht erlauben würden. Bei der Erneuerung solcher Pachtverträge sollte jedoch jedenfalls eine Neuregelung in Richtung Mehrweggeschirr inkludiert werden. Gespräche dazu wurden und werden geführt.

¹ Richtlinie des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 15.11.2007 für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den öffentlichen Flächen

Veranstaltungen finden aber nicht nur im öffentlichen Bereich statt, sondern auch auf genehmigten Veranstaltungsflächen, wie etwa am Vorplatz beim Stadion Liebenau, wo derzeit vorwiegend Einwegbecher eingesetzt werden, verbunden mit dem entsprechenden Müllaufkommen. Hier gibt es keine Möglichkeit der Stadt, Mehrweggeschirr vorzuschreiben, dafür wäre eine landesgesetzliche Änderung notwendig. Bislang wird nämlich in der Steiermärkischen Veranstaltungssicherheitsverordnung die Verwendung von Mehrfachgeschirr lediglich empfohlen, nicht jedoch vorgeschrieben.

Ein weiterer Hebel zur Eindämmung von Wegwerfgeschirr könnte es sein, städtische Subventionen für Veranstaltungen an entsprechende ökologische Kriterien zu koppeln. Ob dies ein gangbarer Weg ist, sollte jedenfalls geprüft werden.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1) Der Gemeinderat ersucht die Steiermärkische Landesregierung am Petitionsweg um eine Änderung des § 46 der Steiermärkischen Veranstaltungssicherheitsverordnung, mit dem Ziel, die dort bei Veranstaltungen empfohlene Verwendung von Mehrweggebinden, Mehrweggeschirr und -besteck in eine verpflichtende Verwendung umzuwandeln.*
- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht zu prüfen, in welcher Form die Verwendung solcher Mehrwegsyste me als Voraussetzung für städtische Förderungen von Veranstaltungen implementiert werden könnte.*

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GRⁱⁿ **Leban-Ibrakovic:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Antragsteller. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass es eine Vielfalt von Veranstaltungen gibt und die auch in ihrer Struktur, in ihrem Inhalt sehr, sehr, sehr unterschiedlich sind. Und nachdem ich auch schon sehr lange Veranstaltungen organisieren darf und mich ein bisschen mit dem beschäftigt haben, ist es mir ein Anliegen, so ein paar Dinge zum Inhalt anzumerken. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir Abfall vermeiden wollen und dass es wirklich bei vielen Veranstaltungen ein Problem ist. Wir sind uns auch einig, dass wir möglichst klimaschonend Veranstaltungen abhalten wollen. Aber ich muss auch eines dazu bemerken, du hast auch hier das Aufsteirern Festival gleich am Anfang erwähnt. Und das ist zum Beispiel ein Event, das bereits sich seit 2017 verpflichtet und die Kriterien des Green Events erfüllt und auch schon von Anfang an sich immer der Regionalität und dem Mehrwegsystem beziehungsweise kein Plastik verschrieben hat. Also ich glaube, dass es bereits sehr, sehr viele Veranstaltungen, vor allem jene, die du erwähnst, auch die großen Veranstaltungen, gibt, die da nicht nur sehr viel Zeit investieren, um sich Gedanken zu machen, wie könnte man das lösen, sondern vor allem auch eine wirtschaftliche Komponente damit hineinbringen. Das heißt, sie geben auch sehr viel Geld zusätzlich dafür aus, um eben das auch möglichst klimaschonend eben zu bewerkstelligen. Es gibt jetzt aber einige Sachen, wie zum Beispiel die Infrastruktur, die da durchaus eine Herausforderung darstellt, weil es ist eben nicht jeder Ort dafür geeignet zum Beispiel Gläser oder Mehrwegbecher zu waschen. Das heißt, es kommt dann durchaus vor, dass das jetzt klimatechnisch gar nicht mehr so leicht zu beurteilen ist, dass nämlich Veranstaltungen tatsächlich Mehrweggebinde nehmen, aber sie dann zum Beispiel nach Wien führen, um sie waschen zu lassen, was ich jetzt auch in Frage stellen würde, ob das die beste Lösung ist. Das heißt, das Ganze klimatechnisch zu beurteilen ist im Einzelfall nicht immer ganz so leicht, weil ja dann auch Transport, Spülmittel und alles was dazu gehört, da auch mitberücksichtigt werden muss. Dann ist es natürlich auch eine Frage der Hygiene. Und es gibt einfach auch Veranstaltungen, wo zum Beispiel wir Frauen, also ich gehöre dazu, generell keine offenen Getränke trinken möchten, aufgrund dessen, dass man

nicht weiß, ob da nicht irgendwas hinzugefügt wird. Das heißt, ich zum Beispiel selbst habe auch bei einigen Veranstaltungen das Bedürfnis, durchaus aus geschlossenen Flaschen nur zu trinken. Was bedeutet das also? Es ist nicht jedes Event gleich zu beurteilen. Das andere ist auch mit den Mehrwegflaschen. Ich habe mir da auch immer die Frage gestellt, warum gibt es nicht generell nur noch Mehrwegflaschen? Bis ich dann ein bisschen tiefer hineingetaucht bin in die Materie und eingesehen habe, ok, das ist auch nicht so leicht zu beurteilen, weil auch viele, vor allem auch heimische Getränke, zum Beispiel keine Mehrwegflaschen anbieten, sondern nur eben recyclebare Flaschen und dass die ja auch sehr genau abgewogen haben. Und natürlich muss man auch noch die Kosten dazurechnen. Das heißt, es ist dann auch immer eine Frage, das wirtschaftlich abzuwägen und vor allem in Zeiten wie diesen sind wirklich alle sehr gefordert, die Veranstaltungen abhalten mit den ganzen Kostensteigerungen und so weiter. Das heißt, es gilt da sehr diffizil und vor allem sehr, sehr behutsam zu beurteilen. Weil du auch dieses Steiermärkische Veranstaltungssicherheitsgesetz angemerkt hast. Ich habe da auch eine kurze Recherche betrieben und da ist auch schon wirklich seit 2014 in zwei Paragraphen sehr gut, glaube ich, dargestellt, dass das eben gefordert wird, aber eben nicht zwingend. Und wir sehen jetzt da eben auch eine Möglichkeit kommunal tätig zu werden, weil wir generell gegen Verbote sind. Also das heißt, wir sind dafür, dass man andere Systeme schafft, dass man die Unternehmen oder die Veranstalter unterstützt, dass man den Mehrwert aufzeigt und dass man Möglichkeiten bietet, sozusagen sie darin zu bestärken, das umzustellen, aber nicht unbedingt ihnen zu verbieten und vor allem auch jede Veranstaltung selbst auch da sehr genau anzuschauen. Und nachdem ja auch das Umweltamt in eurer Zuständigkeit liegt, wäre das jetzt eine ideale Möglichkeit, genau dort vielleicht eine Beratung einzurichten, auch Unterstützung, um dorthin vielleicht auch Anreizsysteme zu schaffen und so jene, die noch ein bisschen einen Push brauchen oder vielleicht auch eine Beratung brauchen, dahingehend zu bewegen, dass sie vielleicht auch noch das eine oder andere überdenken.

Und deswegen werden wir dem Inhalt nicht zustimmen, weil eben diese Ausführungen, glaube ich, darlegen, warum wir glauben, dass es noch ein bisschen unausgegoren ist, der Antrag, und noch nicht ganz auf das abzielt, was auch dann praktikabel ist. Dankeschön.

GR DI Ram:

Es zeichnet es ja doch relativ eine Zustimmung ab, auch, wenn es jetzt da eine Anmerkung dazu gibt. Auf die dem möchte ich kurz ein bisschen eingehen. Ich meine, natürlich zuerst, seit 2007 gibt es diese Verpflichtung auf allen städtischen Flächen. Ich glaube, das auch die ÖVP auch mitbeschlossen. Das ist natürlich jetzt ein bisschen witzig, dass ihr das jetzt für Private nicht wollt, sei es drum. Ich bin auch nicht für Verbote, aber ich glaube, da geht es genau um diese Dinge. Wenn alle das müssen, dann wird es auch passieren. Man sieht, dass das die meisten können. Und oft braucht es dann einfach nur diesen Push und dann sind wir alle auf dem gleichen Level. Ich glaube, wir sind uns auch einig, dass einfach dieser unnötige Müll vermieden werden muss, dass es natürlich ökologische Dinge gibt, dass man jetzt Becher nicht nach Wien führen muss, damit sie gewaschen werden, dass das nicht ökologisch, es ist klar. Aber wenn es natürlich mehr gibt, die Mehrweggebinde verwenden, dann wird es auch sich auszahlen, dass man die hier wäscht. Vielleicht ein bisschen, um darauf einzugehen, ich wollte nur sagen, der Hinweis auf das Aufsteuern war eigentlich nur um darzustellen, wie viel Besucher, dass es insgesamt gibt. Die sind sogar nach Green Evens zertifiziert, also ein Vorzeigeveranstalter. Und ich möchte mich in diesem Sinn auch bei allen bedanken, die als Vorbild vorausgehen und bereits das verwenden. Ich glaube, das ist sehr, sehr wichtig für alle Veranstaltungen. Es gibt vom Land Steiermark das "Gscheit Feiern" als Institution mit Beratung und Förderung etc., eben die Green-Events-Zertifizierung und das Grazer Umweltamt tut auch schon sehr viel dafür. Es gibt zum Beispiel den Grazer Mehrwegbonus mit dem Kindergarten-, Schul- und Hochschulveranstaltungen eben gefördert werden, wenn die Mehrweggebinde verwenden und auch beraten. Es gibt den ReCup, den wir als Stadt Graz anbieten, also

schon viele Initiativen. Und was wir hier wollen, ist einfach noch einen weiteren Schritt gehen, um eben diese Lücke zu schließen. Vielen Dank.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (17.15 Uhr).

10.4 Graz – Stadt der Kinderrechte (GRⁱⁿ Dipl.-WIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

GRⁱⁿ Dipl.-WIⁱⁿ (FH) Daniela **Schlüsselberger**:

Vielen lieben Dank, Frau Bürgermeisterin. Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuseher:innen und Zuhörer:innen, hier und online. Ich stehe heute wieder einmal hier mit einem Herzensthema und ich stehe hier in dem Wissen, dass es für viele ein Herzensthema ist. Es geht um Kinderrechte. Kinderrechte, jeder sagt: Klar, ja eh, muss sein. In der Realität sind sie halt schwer konstant berücksichtigbar. Und es gibt tolle Initiativen, es gibt tolle Projekte, aber eine permanente Verankerung gibt es nicht. Dringlich ist es auf jeden Fall, weil, so lange sie nicht verankert sind und so lange das nicht in unserer täglichen Normalität ist, ist das dringlich, so lange, bis es funktioniert. Und gestartet ist das Ganze 1989 in der UN-Generalversammlung. Das war ein riesiger Meilenstein, seitdem ist viel geglückt und vielleicht glückt uns auch heute ein weiterer Meilenstein. Ich bin einmal relativ positiv, eine breite Mehrheit zu finden bei diesem wichtigen Thema und versuche jetzt einmal mit der Dringlichkeit abzuschließen und freue mich auf breite Zustimmung schon zu dieser. Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Sehr geehrte Stadtregierung!

Graz gilt als Kinder- und Jugendstadt – und das zu Recht: Denn die Stadt tritt in vielen Fragen als Lobby für Kinder und Jugendliche in Erscheinung. Und dass Kinderrechte in der Menschenrechtsstadt Graz großgeschrieben werden, liegt auf der Hand – Kinderrechte sind Menschenrechte.

Warum dann Graz als erste europäische Menschenrechtsstadt auch den Titel „Kinderrechtsstadt anstreben sollte? Weil Kinderrechte in unserem Alltag dennoch viel zu oft eine viel zu geringe Rolle spielen. Auch bei uns, wenn man etwa sieht, dass bei Bauprojekten meist der Anzahl und Situierung der Parkplätze mehr Bedeutung zugemessen wird als den Spielplätzen und Spielgeräten.

Es kommt ja nicht von ungefähr, dass die am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung verabschiedete Kinderrechtskonvention verdeutlichen soll, dass für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nicht allein die Eltern verantwortlich sind, sondern es eine gesellschaftliche Verpflichtung ist, für die erforderlichen positiven Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Kinderrechtskonvention enthält 54 Artikel und deckt praktisch alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen ab, definiert die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Kinder. Die vier Grundprinzipien: Das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung, die Priorität des Kindeswohls, das Recht auf bestmögliche Entwicklungschancen, etwa durch Zugang zu Bildung oder medizinischer Hilfe, und die Berücksichtigung des Kindeswillens – also die Mitbestimmung, die Partizipationsmöglichkeiten.

Gleichheit – Gesundheit – Bildung – Spiel und Freizeit – Beteiligung und freie Meinungsäußerung – Schutz vor Gewalt – Zugang zu Medien – Schutz der Privatsphäre und Würde – Schutz im Krieg und auf der Flucht – besondere Fürsorge und Förderung

bei Behinderung: Sie werden meist als die wichtigsten Kinderrechte genannt. Und so sehr das nach Selbstverständlichkeiten klingt, so sind das bei genauerer Betrachtung nicht unbedingt selbstverständliche Rechte. Auch nicht in Graz.

Natürlich ist im Laufe der Jahre und Jahrzehnte vieles erreicht worden, was den Schutz von Kindern, was Hilfestellungen bei ihrer Entwicklung, was Kinderrechte betrifft. Und doch ist etliches zu tun: Immer noch haben auch in Graz nicht alle Kinder gleiche Bildungs-Chancen, immer noch wird bisweilen das Lachen spielender Kinder mit dem lärmenden Rasenmäher gleichgesetzt und darauf mit dem Ruf nach Polizei und Ordnungswache reagiert, immer noch und das nicht selten wird die „g’sunde Watsch’n“ nicht als Gewalt gegen Kinder, sondern als probates Erziehungsmittel missverstanden.

Das sind nur einige ganz wenige Beispiele, die verdeutlichen sollen: Es ist wichtig, sich die Kinderrechte mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, sich zu den Kinderrechten zu bekennen, sie als einen Auftrag zu sehen und die UN-Konvention in allen Bereichen umzusetzen. Dem Beispiel Wiens zu folgen und sich „Kinderrechtsstadt“ benennen, wäre ein Signal auch über die Stadtgrenzen hinaus, das Graz den Kinderrechten höchste Wertigkeit beimisst.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert zu prüfen, welche Schritte einzuleiten sind, damit Graz, als Ergänzung und langfristige Implementierung der Kinder- und Jugendstadt, den Titel „Kinderrechtsstadt“/“Stadt der Kinderrechte“ führen kann. Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis Februar 2024 vorzulegen.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antragstellerin. Ich teile die Meinung, dass das wichtig ist und dass wir, glaube ich, hier alle an einem Strang ziehen sollten.

Selbstverständlich sind Kinder- und Jugendrechte in unserer Stadt ein großes Anliegen.

Ich darf auf zwei Dinge nur ganz kurz verweisen. Einerseits habe ich hier das Rezertifizierungspapier zur kinder- und familienfreundlichen Gemeinde der UNICEF aus dem Jahr 2020. Also ein ganz klares Bekenntnis, das damals schon die Stadt abgelegt hat.

Und ich darf auch noch auf einen Gemeinderatsbericht aus dem Jahr 2022

verweisen, wo die Kinder- und Jugendstadt Graz mit einem Grundsatzbeschluss

gepusht und eben auch in die Wege geleitet worden. Das ist sind alle Schritte, die

schon unternommen worden sind, vollkommen zu Recht und im Wissen, dass Kinder

und Jugendliche Unterstützung und entsprechende Lobbyarbeit auch brauchen, damit

eben ihre Rechte gewährleistet sind. Zu denen übrigens viele gehören, insgesamt,

zumindest ist das mein Wissensstand, sind es 54, die da entsprechend fixiert worden

sind. Und ich möchte ich nur auf zwei ganz besonders hinweisen, nämlich auf das

Recht auf Bildung und das Recht auf Spiel und Freizeit. Weil diesen zwei Komponenten,

wo die Stadt Graz gerade beim Recht auf Bildung selbstverständlich eine große

Verantwortung hat. Wir haben heute schon mehrmals von der Elementarbildung von

den Schulen gesprochen und auch vom Lehrpersonal beziehungsweise auch vom

pädagogischen Personal. Das heißt, wir als Stadt Graz haben natürlich auch die

Verantwortung, dass wir dann von dieser theoretischen oder verbalen Erklärung auch

im Tun natürlich auch entsprechende Taten setzen. Darauf möchte ich nur hinweisen,

dass das natürlich auch in Zukunft der Maßstab sein wird, was wir dann aus den

grundsätzlichen Dingen, die wir hier beschließen auch tatsächlich machen. Zum

Abschluss nur ganz kurz, auch noch aus diesem Papier des Grundsatzbeschlusses, wo

eben genau das bereits erfolgt ist, nämlich aus den Worten dann auch Taten zu

machen, da ist nämlich unter anderem die Partizipation als handlungsleitende Maxime

festgehalten worden. Ich darf hier auf zwei Dinge hinweisen, nämlich auf das Jahr 2022

mit einer Kinderumfrage von 600 Kindern, die damals gemacht worden ist, wo unter

anderem Projekte, wie zum Beispiel die Kinderstraße daraus hervorgegangen sind. Und

das zweite, 2023 hat eigentlich die größte Jugendumfrage dieser Stadt, zumindest mit 1.600 Stimmen, stattgefunden. Also es stimmt mich sehr zuversichtlich, es wird ernst genommen. Gerade der Kinder- und Jugendstadtrat hat hier immer wieder große Akzente gesetzt und das freut uns, dass wir dem Stück selbstverständlich zustimmen können. Danke.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Liebe Alle im Raum, liebe, die online zuschauen, liebe Daniela. Danke für dieses schöne Stück. Natürlich ist es auch für mich ein Herzensanliegen, die Kinderrechte zu verankern in unserer Stadt Graz, nicht zuletzt, weil ich selber Kinder habe. Vielleicht ein bisschen ausholend, ich war in letzter Zeit auf mehreren Veranstaltungen, wo es um die Implementierung von Nachhaltigkeitszielen gegangen ist, wo es um Demokratie gegangen ist. Und die letzte Veranstaltung, wo ich war, war gestern die Kinderrechte Gala. Und da habe ich einfach gesehen, wie wichtig es ist, den Kindern in ihrem Tun, in ihrem demokratischen Handeln die Rechte und die Instrumente in die Hand zu geben. Ich war fasziniert von den Projekten, die eingereicht wurden, Kinder, die demokratischen Prozesse durchziehen können, Herr Stücklschweiger war ja auch da, er kann es bestätigen, wie niederschwellig man die Demokratie leben kann und auf Kinderebene leben kann, also das Fundament für zukünftiges demokratisches Leben einfach schon in diesem Alter gesetzt werden kann, mit der Gewährung der Kinderrechte und mit dem Ausleben der Kinderrechte. Damit würden wir das Fundament der Demokratie in Österreich noch mehr festigen. Weil, wer Demokratie direkt leben kann, kann auch die Demokratie in Zukunft verteidigen. Nummer eins, das zweite ist, wir haben eine Zukunft, von der wir nicht ganz genau wissen, wie sie aussehen wird. Das heißt, die Zukunft wird kreative Lösungsansätze brauchen und Kinder in ihre Kreativität zu bestärken, das ist mit ein Kinderrecht, nicht nur eines, sondern eines der wichtigsten, nämlich, dass sie spielen dürfen, also ihre Kreativität ausleben dürfen. Vielleicht ein kleiner Exkurs, ich weiß nicht, ob alle im Raum schon einmal vom Büroklammertest gehört haben. Der Büroklammertest ist, man fragt

Personen, was man alles mit einer Büroklammer noch machen kann, außer Papier zusammen zu klemmen. Und je nach Alter nehmen die Anwendungsmöglichkeiten ab. Erwachsene haben 10 bis 20 Möglichkeiten, was sie mit einer Büroklammer alles machen können. Kindergartenkinder haben bis zu 200 Anwendungen. Das heißt, ihre Kreativität ist noch überbordend und wenn man sie in diesem Zustand, sagen wir einmal, oder in diesem Zugang aufs Leben immer mehr verstärkt und sie nicht darin einbremst, werden wir dann Köpfe erziehen, die diese vielfältigen Herausforderungen, die die Zukunft uns stellen wird, wo wir noch gar nicht wissen, was noch alles auf uns zukommt, mit Bravour meistern werden können. Deswegen sind wir natürlich für die Verankerung der Kinderrechte und den Titel Kinderrechtsstadt für die Stadt Graz zu etablieren. Wir sind auf jeden Fall für den Antrag. Danke.

GRⁱⁿ Dipl.-WIⁱⁿ (FH) Daniela **Schlüsselberger**:

Vielen liebe Dank auch für die sich abzeichnende breite Zustimmung. Zwei Punkte noch, die ich trotzdem noch kurz sage. Ja wir sind kinderfreundliche Gemeinde, wir sind Kinder- und Jugendstadt. Aber das ist der Anfang von dem Ganzen. Und das gehört weiterentwickelt, weil es gehört zum Recht gemacht. Rechte und Pflichten gehen einher und das verpflichtet uns zu was. Und deswegen ist es auch wichtig, dieser Titel Kinderrechtstadt zu sein zu werden. Ich hoffe auch auf breite Unterstützung, wenn es darum geht, das gremial zu verankern und zu beschließen, also die nächsten Schritte zu gehen, damit wir dann in Zukunft einfach gar nicht mehr darüber reden müssen und einfach tun, automatisch tun, denn Kinderrechte sind Menschenrechte und die sind unantastbar. Und deswegen freue ich mich auf breite Zustimmung. Danke.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

**10.5 Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen
(GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)**

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Grazerinnen und Grazer, bei uns hier oder im Livestream, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Elke. Leider ist es wieder passiert, zum 25. Mal in Österreich und in diesem Jahr hat ein Mann eine Frau ermordet. Und leider auch zum 12. Mal habe ich mein Handy in die Hand genommen und festgestellt, dass das zum 12. Mal in der Steiermark passiert ist, dass eine Frau aus dem nächsten Umfeld, also von ihrem Partner, ermordet wurde. Dazu kommen 38 Mordversuche, Stand: letzte Woche. Österreich ist damit an der Spitze einer sehr, sehr traurigen Statistik, nämlich an der Spitze in der EU, was Gewalt gegen Frauen angeht. Und auch Österreich macht sich damit zu einem der wenigen Länder, wo mehr Frauen als Männer getötet werden. Wir sehen also, wir haben ein großes Problem. Wir haben ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Wir schaffen es nicht, Frauen adäquat zu schützen. Und wir schaffen es nicht, eine adäquate Antwort auf Männergewalt zu finden. Täter kommen, wie gesagt, sehr, sehr, sehr oft in diesen Fällen aus dem allernächsten sozialen Umfeld. Und ich möchte hier wirklich auch allerdeutlichst erwähnen, dass diese Art von Gewalt in jedem gesellschaftlichen Bereich, über jede politische Zugehörigkeit hinweg, in jedem sozialen Milieu und auch über jede soziale Herkunft oder ethnischen Herkunft hinweg existiert, zielt und auch passiert. Wir haben in Österreich ein Gewaltproblem, wir haben in Österreich ein Problem mit Männergewalt. Und Gewalt gegen Frauen findet sehr, sehr oft zu Hause statt und auch jede fünfte Frau erlebt in ihrem Leben körperliche und oder sexualisierte Gewalt. Diese Tatsachen kennen wir leider alle. Diese Situation macht uns alle sehr betroffen und wir haben auch schon sehr oft hier im Gemeinderat darüber diskutiert, wie wir Antworten darauf finden können. Leider müssen wir trotzdem feststellen, wenn es Jahr für Jahr immer wieder zu Femiziden kommt, reichen die bisherigen, gesetzten politischen Maßnahmen, vor allem auf der Bundesebene, offensichtlich nicht aus. Dieses Problem in den Griff zu bekommen, sollte unser aller

Auftrag in Graz, in der Steiermark und österreichweit sein. Trotzdem hören wir von unserer Frauenministerin auch nach dem 25. Femizid, auch nicht nach dem 22. Femizid, ein Wort der Empathie in Bezug auf die Angehörigkeiten oder ein Wort der Anerkennung dieses Problems. Wir erleben im Gegensatz dazu, dass Menschen, egal ob aus Opferschutzeinrichtungen oder auch aus politischen Parteien, die dieses Problem ansprechen, dass wir diese Thematik überhaupt erst politisch instrumentalisieren wollen. Diesen Vorwurf weisen wir mit aller Deutlichkeit zurück, denn der Ernst der Lage ist scheinbar nicht erkannt, dass wir in einer Gesellschaft leben wollen, in der Frauen sicher sind und in der Frauen nicht mehr, weil sie Frauen sind, ermordet werden. Speziell eben auch aus der Bundesregierung erwarten wir uns mehr. Wir erwarten uns mehr Erwartung, Lösungen und erwarten uns vor allem auch mehr finanzielle Unterstützung. Wir haben natürlich gesehen, dass nach den vielen Femiziden im 2021er-Jahr die Bundesregierung ihre Aufgaben im Opferschutz auf 24,6 Millionen erhöht hat. Leider kommt aber auch dieses Geld sehr oft, für Opferschutzeinrichtungen, aus dem Frauenministerium. Wir würden uns hier auf viel mehr an Millionen aus dem Innenministerium, das grundsätzlich für den Schutz im Inneren zuständig ist, erwarten. Und wir kommen auch hier nicht zu kurz, um zu sagen, dass die Forderung der Opferschutzeinrichtungen nach 228 Millionen Euro um mehr als 200 Millionen Euro einfach zu kurz gekommen sind. Wir haben auch das 2024 in Kraft getretene Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, auch die Istanbul-Konvention genannt, in Österreich immer noch nicht gänzlich umgesetzt. Wir brauchen generell in unserer Gesellschaft, und wir als SPÖ-Frauen fordern das schon lange, einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen. Dies muss inkludieren, dass es einen bundesweiten Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen und Gewaltschutzambulanzen, einheitliche Hochrisikofallkonferenzen, Investitionen in Präventiv- und Täterarbeit gibt. All das sind Forderungen, die schon lange auf dem Tisch liegen und die immer noch nicht adäquat, flächendeckend und mit dem notwendigen Maßstab angewendet werden. Wir müssen auch bei Buben und jungen Männern ansetzen. Wir müssen im Bildungssystem ansetzen. Je frühzeitiger junge Männer und Buben gewaltfreie

Konfliktlösungen und auch gesunde Männlichkeitsbilder lernen, desto besser. Denn Gewalt an Frauen ist nichts, was Frauen selbst lösen müssen. Zu lange haben wir bei den Frauen angesetzt, haben gesagt, Frauen müssen sich schützen, Frauen müssen sich aus den Gewaltsituationen herausbewegen, Frauen müssen ins Frauenhaus gehen, Frauen müssen dafür sorgen, nicht Gewalt zu erfahren. Ich würde gerne endlich zu dem Zeitpunkt kommen, wo wir nicht nur sagen, Frauen müssen sich selbst schützen, sondern wir müssen bei den Männern ansetzen. Sie sind es, die Teil dieses gesellschaftlichen Problems sind. Sie müssen auch Teil der Lösung sein. Es muss endlich auch bei Männern angesetzt werden, um Prävention für Gewalt an Frauen endlich in die Realität umzusetzen. Und deswegen setzen wir uns auch ganz klar für eine breite antisexistische und gewaltfreie Lösung aus, die dabei ansetzt, dass man auch im Alltag keinen Alltagssexismus oder frauenfeindliches Gedankengut in seinem eigenen Umfeld oder auch bei den Kolleginnen und Kollegen duldet. Denn Gewaltschutz setzt nicht nur bei jungen Männern und Buben an, Gewaltschutz setzt bei uns allen an und Gewaltschutz setzt vor allem bei Männern an. Deswegen braucht es auch ein gut budgetierte und flächendeckendes Angebot von Männerberatungsstellen, die essentiell sind, eben präventiv gegen diese Gewalt zu wirken. Deswegen stellen wir auch im Namen der SPÖ und der KPÖ den gemeinsamen

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz möge auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, im Besonderen an Frauenministerin Raab, herantreten um schnellstmöglich einen nationalen Aktionsplan gegen Männergewalt auszuarbeiten, einen permanenten Krisenstab von Justiz-, Innen-, und Frauenministerium gemeinsam mit Frauen-, Männer- und Opferschutzeinrichtungen einzurichten, flächendeckende Hochrisikofallkonferenzen zu schaffen und mit dem massiven Ausbau der Präventions- und opferorientierten Täterarbeit konkrete Schritte zur Verhinderung von Femiziden zu setzen. Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

25 Mal hat im heurigen Jahr bereits ein Mann eine Frau in Österreich ermordet. An erster Stelle dieser traurigen Statistik steht die Steiermark mit 12 Frauenmorden. Dazu kommen auch noch 38 Mordversuche (Stand 8.11.2023, AUF). Österreich ist insgesamt eines der wenigen Länder, in dem mehr Frauen getötet werden als Männer. Wir haben ein großes Problem in unserer Gesellschaft und das heißt: Männergewalt. Die Täter waren fast immer Männer aus dem engsten sozialen Umfeld. Rund zwei Drittel aller Gewaltverbrechen an Frauen werden im eigenen Zuhause verübt und immer noch erfährt fast jede 5. Frau in Österreich körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Häusliche Gewalt ist folglich auch in Österreich ein Problem, das auf die patriarchalen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft zurückzuführen ist.

Die bisher gesetzten politischen Maßnahmen auf Bundesebene reichen nicht annähernd aus, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Vor allem die dafür zuständigen Ministerien scheinen den Ernst der Lage noch immer nicht erkannt zu haben. Speziell aus dem Innenministerium erwarten wir uns hier mehr finanzielle Unterstützung und Maßnahmen, immerhin geht es hier um den Schutz von mehr als der Hälfte der Bevölkerung. Nach den vielen Femiziden, die im ersten Halbjahr des Jahres 2021 verübt wurden, erhöhte die Bundesregierung ihre Ausgaben für den Opferschutz auf 24,6 Millionen Euro, doch die Aufstockung der Finanzierung ist bei den Einrichtungen bis jetzt immer noch vielerorts nicht angekommen. Die Forderung von Opferschutzorganisationen nach 228 Millionen Euro wurden nicht einmal annähernd umgesetzt. Das 2014 in Kraft getretene „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch Istanbul-Konvention genannt, gilt momentan als wichtigstes internationales Rechtsinstrument gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt. Als SPÖ Frauen fordern wir schon lange einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt. Österreich muss die Istanbul-Konvention endlich umsetzen. Das heißt einen massiven bundesweiten Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen und Gewaltambulanzen, einheitliche

Hochrisiko-Fallkonferenzen und Investitionen in Präventiv- und Täterarbeit. Besonders wichtig ist auch eine Verankerung des Gewaltschutzes in unserem Bildungssystem. Buben und junge Männer sollen so frühzeitig gewaltfreie Konfliktlösung und gesunde Männlichkeitsbilder lernen. denn Gewalt an Frauen ist nichts, um das sich Frauen alleine kümmern müssen. Es ist ein gesellschaftliches Problem, für dessen Lösung vor allem Männer gefragt sind. Es sind Männer, die diese Morde begehen, daher stehen Männer auch in der Verantwortung, dagegen vorzugehen. Frauenmorde sind nur die Spitze der Gewaltpyramide, die breite Basis bietet struktureller Sexismus. Aktiver Gewaltschutz heißt also auch, Alltagssexismus und frauenfeindliches Gedankengut bei den eigenen Freunden und Kollegen anzusprechen und sie auf Unterstützungsangebote zur Gewaltvermeidung hinzuweisen. Auch in der Kindererziehung ist gelebter Gewaltschutz entscheidend. Deshalb braucht es ein gut budgetiertes und flächendeckendes Angebot von Männerberatungsstellen, die essentiell sind, wenn wir präventiv gegen Gewalt vorgehen wollen und die Ursache für häusliche Gewalt und sexualisierte Übergriffe nicht bei den Betroffenen, sondern den Tätern suchen. Daher stelle ich im Namen der SPÖ und KPÖ den gemeinsamen

dringlichen Antrag:

Die Stadt möge auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, im Besonderen an Frauenministerin Raab, herantreten um schnellstmöglich einen nationalen Aktionsplan gegen Männergewalt auszuarbeiten, einen permanenten Krisenstab von Justiz-, Innen-, und Frauenministerium gemeinsam mit Frauen-, Männer- und Opferschutzeinrichtungen einzurichten, flächendeckende Hochrisikofallkonferenzen zu schaffen und mit dem massiven Ausbau der Präventions- und opferorientierten Täterarbeit konkrete Schritte zur Verhinderung von Femiziden zu setzen.

GRⁱⁿ Pogner:

mit dem habe ich gerechnet. Ich möchte das Ganze eigentlich mit einem Satz beginnen, den Dr. Haller, der Psychologe, gesagt hat und zwar, dass die gefährlichste Situation, die es statistisch für eine Frau gibt, die Beziehung ist. Ich selbst bin in der kriminalpolizeilichen Gewaltprävention tätig. Was heißt das? Ich habe mit Opfern zu tun und kläre sie auf, welche Hilfsangebote es gibt. Und ich habe auch mit Tätern und natürlich auch mit Täterinnen zu tun, die ich in erster Linie einer Rechtsaufklärung unterziehe und daher haben wir einen Zusatzantrag gestellt. Es ist eine traurige Tatsache, wie auch schon aus dem dringlichen Antrag hervorgeht, dass es 2023 bereits 12 Feminin der Steiermark gab und es ist daher auch Aufgabe der eigenen Kommune in erster Linie, dagegen etwas zu unternehmen. Meine Erfahrung hat eben nämlich gezeigt, dass genau das fehlt. Also diese Personen, die ich betreut habe, die haben alle gesagt, dass es eigentlich nirgendwo öffentlich ist, welche Gewaltschutzeinrichtungen es gibt. Es gibt in der Steiermark und in der Stadt Graz eine hohe Anzahl eben an Präventionsmaßnahmen und Gewaltschutzeinrichtungen, aber diese müssen sowohl den potenziellen Tätern, als auch den potenziellen Opfern nähergebracht werden, denn nur dann sind weitere Maßnahmen eben sinnvoll. Und eine Studie im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds und unter Leitung von Kenan Güngör hat nun untersucht, wie jugendliche Submilieus im urbanen Raum organisiert und mit welchen Maßnahmen sie zu erreichen sind. Sie zeigen, dass in migrantischen Milieus Homophobie und Sexismus zunehmend problematische Themen sind. Im Sinne der Prävention müssen deshalb auch die für Frauen und Gleichstellung zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Integration zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer einen Beitrag leisten und verstärkt Schritt zu setzen, die einen respektvollen und gewaltfreien Umgang von Männern mit Frauen fordern und fördern. Daher stellen wir namens des Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag:

Die für das Referat Frauen und Gleichstellung zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Integration zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer sowie Jugendstadtrat Kurt Hohensinner werden ersucht zu prüfen, wie eine Informationskampagne gegen Gewalt an Frauen verbunden mit dem Hinweis auf alle Präventionsmaßnahmen und Gewaltschutzeinrichtungen in der Stadt Graz umgesetzt werden kann. Der Fokus soll dabei auf Aufklärung, Ressourcen für Opfer und die Förderung von Gleichberechtigung liegen. Ich hoffe, Sie stimmen diesem Zusatzantrag zu.

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Es ist eine traurige Tatsache – wie auch schon aus dem Dringlichen Antrag hervorgeht, dass es 2023 bereits 12 Femizide in der Steiermark gab und es ist daher auch Aufgabe der eigenen Kommune, dagegen etwas zu unternehmen.

Es gibt in der Steiermark und in der Stadt Graz eine hohe Anzahl an Präventionsmaßnahmen und Gewaltschutzeinrichtungen, aber diese müssen sowohl den (potentiellen) Opfern als auch den potentiellen Tätern nähergebracht werden. Denn nur dann sind weitere Maßnahmen sinnvoll.

Eine Studie im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds unter der Leitung von Kenan Güngör hat nun untersucht, wie jugendliche Submilieus im urbanen Raum organisiert und mit welchen Maßnahmen sie zu erreichen sind. Sie zeigen, dass in migrantischen Milieus Homophobie und Sexismus zunehmend problematische Themen sind.

Im Sinne der Prävention müssen deshalb auch die für Frauen und Gleichstellung zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Integration zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer einen Beitrag leisten und verstärkt Schritte setzen, die einen respektvollen und gewaltfreien Umgang von Männern mit Frauen fordern und fördern.

Namens des Gemeinderatsclubs der Grazer ÖVP stelle ich folgenden

Zusatzantrag:

Die für das Referat Frauen und Gleichstellung zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Integration zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer sowie Jugendstadtrat Kurt Hohensinner werden ersucht zu prüfen, wie eine Informationskampagne gegen Gewalt an Frauen verbunden mit dem Hinweis auf alle Präventionsmaßnahmen und Gewaltschutzeinrichtungen in der Stadt Graz umgesetzt werden kann. Der Fokus soll dabei auf Aufklärung, Ressourcen für Opfer und die Förderung von Gleichberechtigung liegen.

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ein wahnsinnig wichtiger Antrag von dir, liebe Anna, ein wahnsinnig wichtiges Thema. Das ist uns, denke ich, allen klar. Du hast das ganz richtig ausgeführt, die Zahlen sind erschreckend, sie sind es seit vielen Jahren. Es gibt immer wieder einen Aufschrei, aber es ist nach wie vor zu wenig, was passiert. Und wie du auch ganz richtig gesagt hast, eigentlich ist die Statistik zu den Frauenmorden selbst ja nur die Spitze des Eisberges, es gibt noch viel mehr verhinderte Morde und dann gibt es auch noch jegliche andere Gewalt gegen Frauen und jede fünfte Frau in Österreich ist von Gewalt betroffen. Also das sind wirklich erschreckende Zahlen, die du auch schon genannt hast. Wir werden natürlich den Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt unterstützen, weil wir denken, es ist ein wahnsinnig wichtiges Thema, wo noch viel mehr passieren müsste.

Nichtsdestotrotz möchte ich auch erwähnen, was in grüner Regierungsbeteiligung auf Bundesebene passiert ist, weil wir waren auch sehr aktiv in diesem Bereich, weil es tatsächlich den Grünen und unserer Frauensprecherin im Bund ein sehr, sehr großes Anliegen ist. Du hast ja auch diese Hochrisikofallkonferenzen angesprochen, die sind ja damals unter Schwarz-Blau unter sehr seltsamen Gründen überhaupt abgeschafft

worden. Die wurden dann auf grünes Betreiben wiedereingeführt und auch ausgeweitet. Aber wahrscheinlich braucht es noch mehr im Sinne von flächendeckend, da bin ich ganz deiner Meinung. Ein ganz wichtiger Punkt, ich meine, das glaubt man ja gar nicht, es gibt erst seit 1.1.2022 überhaupt ein Schusswaffenverbot für Männer, die weggewiesen werden von den Frauen. Also davor war es quasi legal, wenn jemand eh schon wegen Gewalt von der Partnerin weggewiesen wird, dass er eine Schusswaffe mit sich führt, was natürlich eigentlich ein Wahnsinn ist. Also das hört sich jetzt nach kleinen Maßnahmen an, die aber natürlich im Einzelfall einen Mord verhindern können, ganz klar. Was ebenfalls passiert ist, du hast das gesagt, ist, dass das ganze Budget in puncto Gewalt massiv aufgestockt wurde. Und der Fokus von den Maßnahmen, die da gefördert werden, ist tatsächlich die Männerarbeit und die Burschenarbeit, wie du ganz richtig gesagt hast, es kann nicht immer nur der Fokus sein, dass die Frauen sozusagen vor irgendwas geschützt werden müssen, sondern der Fokus muss auch sein, dass wir bei denen ansetzen, die in allermeisten Fällen die Täter sind. Das bedeutet, die erwachsenen Männer zu unterstützen, bedeutet aber auch, ganz präventiv bei Buben in der Schule, im Bildungsbereich anzusetzen, damit sich gar nicht solche Rollenbilder und solche Vorstellungen verfestigen, bei jungen Burschen, die dann irgendwann in weiterer Folge, in einer Eskalation eben auch zu Gewalt und Unterdrückung von Frauen führen können. Weil es auch im Zusatzantrag der ÖVP vorkommt, möchte ich auch darauf hinweisen, dass es eine sehr große, bundesweite Kampagne gegen Gewalt an Frauen gab. Die ist wahrscheinlich viele aufgefallen, die war im öffentlichen Raum sehr präsent. Das war diese „Mann spricht’s an“-Kampagne, die fand ich sehr gut, weil einfach auch Männer in verschiedenen Kontexten, Lebenssituationen gezeigt wurden, die sich sehr klar gegen verschiedene Formen von Gewalt ausgesprochen haben. Ich glaube, viele von euch kennen sie, man hat sie im öffentlichen Raum in Graz wirklich fast überall gesehen, in den Schwimmbädern, an den Unis, an den Haltestellen. Also es war meiner Meinung nach eine gute Kampagne. Nichtsdestotrotz, es müsste noch mehr passieren. Die Zahlen zeigen uns, der Handlungsbedarf ist nach wie vor groß. Wir haben da noch einen weiten Weg vor uns und in diesem Sinne unterstützen wir das natürlich.

GRⁱⁿ **Naghibi:**

Werter Gemeinderat, werte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich darf an dieser Stelle meine Kollegin Uli Taberhofer vertreten, die, ebenso wie Anna, eine wichtige Initiative zu diesem Thema eingebracht hat und die leider erkrankt ist. Danke auf jeden Fall, Anne, für deine wichtige Initiative, um für dieses Thema mehr Bewusstsein zu schaffen. Fast alle Fälle von schwerer Gewalt an Frauen werden innerhalb der Familie ausgeübt, sei es von Partnern oder eben Ex-Partnern, oder Bekannten. Und diese Morde, also im Extremfall Morde, sind keine Einzelfälle und sind auch jetzt keine Beziehungsdramen einzelner Art, sondern eine Folge patriarchale Gewalt, eine systemische Erkrankung, kann man so sagen in unserer Gesellschaft, die sich in sexueller, sozialer, psychischer und physischer Gewalt zeigt und äußert.

Gewaltschutzzentren, Frauenhäuser, Männerberatungsstellen, all diese relevanten Einrichtungen müssen zur Verbesserung und Verstärkung von Maßnahmen zur Gewaltprävention mit den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden, damit professionelle und wichtige Arbeit geleistet werden kann, wird sie bisher auch, und eben auch gemäß dem Bedarf ausgebaut werden kann. Ein Beispiel hier auf Grazer Ebene ist diese Lektüre, die ich an der Stelle erwähnen möchte, sie nennt sich friedlich trennen in Graz. Ist entstanden durch eine Zusammenarbeit der Männerberatung, also Mag. Ulrich Wanderer, seinerseits Mediator, also Jurist in erster Linie, Mediator und arbeitet jetzt schon seit über zehn Jahren für die Männerberatung hat es verfasst und es ist finanziert worden vom Integrationsreferat der Stadt Graz unter Stadtrat Robert Krotzer. In 13 Sprachen werden hier wichtige Fragen ganz einfach und niederschwellig beantwortet. Und was ich vor allen wesentlich finde, Männer richten sich hier an Männer, damit Männer Männern helfen können. Es soll eben kein Geschlechterkampf sein. Es ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Aber das, wie meine Vorrednerinnen gesagt haben, ist nicht ausreichend und um das auch landes- und bundesweit gewährleisten zu können, also die Verbesserung und Verstärkung der Gewaltpräventions- und Gewaltschutzmaßnahmen, bedarf es der Entwicklung einer Gesamtstrategie, die eine Verbesserung und Verstärkung dieser Maßnahmen beinhaltet. Und aufgrund dessen schließe ich mich namens des KPÖ-

Gemeinderatsklubs deinen wichtigen Antrag an und bitte dahingehend auch um breite Zustimmung. Danke.

GRⁱⁿ Robosch:

Ich mache es ganz, ganz kurz. Ich danke allen für diese Diskussion und auch für die breite Zustimmung. Man sieht eben, dass man auch sehr ernsthaft über dieses Thema diskutieren kann. Ich möchte nur auf zwei Dinge eingehen. Wir schließen uns auch gerne dem Zusatzantrag der ÖVP an. Vor allem, weil wir auch glauben, dass jede Informationskampagne, die auch nur eine Person erreicht, damit sie eben Schutz findet oder auch damit sie auch Beratung findet in konfliktreichen Situationen, ist wichtig genug, um das zu unterstützen. Und wir würden es auch sehr unterstützen, wenn es auf allen Ebenen passieren würde. Weil ich würde auch behaupten, es reicht nicht in den 16 Tagen oder nur am 25. November, der der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen ist, die Opferschutzeinrichtungen zu teilen oder die Maßnahmen zu teilen, sondern es würde wirklich, wirklich sehr wichtig von allen Seiten sein, auch von der Bundesregierung da zu sehen, es gibt wichtige Einrichtungen, es gibt schon sehr viel, aber es gäbe noch viel mehr Handlungsbedarf. Und deswegen, danke für die breite Zustimmung. Und wir werden uns auch dem Zusatzantrag anschließen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Slama:

Also ich habe mich jetzt nämlich extra zurückhalten und rede zum Inhalt, weil sonst regt sich der Phillip auf, weil es sehr inhaltlich ist, was ich jetzt zu sagen habe. Und zwar grundsätzlich, inhaltlich, allein, dass bei einem Antrag, der Männergewalt heißt, wo es darum geht, dass wir endlich Männer auch in die Verantwortung ziehen, bis jetzt nur Frauen geredet haben, und ich glaube auch, wenn ich das jetzt so anmerke, wahrscheinlich weiterhin zu diesem Antrag nur Frauen geredet haben werden, ist das

von mir einmal ein großer Appell auch in alle Männer im Raum, bitte setzt euch auch aktiv mit dem Thema auseinander. Nur mitzustimmen reicht nicht. Wir müssen alle aktiv Teile Lösung sein, weil sonst sind wir Teil des Problems, und das will, glaube ich, niemand in diesem Raum sein. Und ich habe mir jetzt nämlich die Zahlen ganz, ganz genau angeschaut, weil, wenn wir hier schon von einer soziologischen Studie anfangen, bei deren Präsentation ich übrigens auch dabei war, muss ich natürlich da als Soziologin ein bisschen mehr mich reinlesen und habe eine Studie aus dem April 2023 gefunden, die Femizide untersucht hat, und zwar vom Institut für Konfliktforschung in Wien. Und von 100 Femiziden, waren 57 durch den Partner, 17 durch die Ex-Partner, 19 durch Verwandter. Das waren größtenteils Morde an Müttern. An Mütter. 93 von 100 Femiziden waren durch engste Angehörige, in über der Hälfte der Fälle haben sie zusammen gewohnt. Und genau, um in die Kerbe mit, es ist in allen Kulturkreisen leider so, aber 72 % dieser Täter waren Österreicher. Also die Studie, und da möchte ich jetzt nämlich kurz einhaken bei der Sabina, die Studie von Kenan Güngör war nämlich ein wirklich über die Verortung jugendlicher Submilieus und es wurden dort nur migrantische Submilieus untersucht. Das heißt, das trifft keinerlei Aussage über jegliche anderen Submilieus, außer die mit migrantischem Hintergrund. Und genau da muss ich jetzt auch bei der Manu noch kurz einhaken, es war nämlich von Kenan das vielversprechendsten Mittel, um hier vorbeugen und präventiv zu arbeiten, wirklich Bildung in der Jugend, in der Kindheit, Demokratiebildung, Toleranzbildung, vor allem wirklich Schulen, deswegen bin ich auch sehr froh, dass ihr den Jugendstadtrat noch mit reingenommen habt, weil dort wird das, und vor allem jetzt mit laufender Zeit, immer relevanter werden, vor allem sowas wie gegen Radikalisierung, gegen eine immer stärkere Abrutschung in patriarchale Strukturen zu verhindern. Und das heißt, der Schutz von Opfern ist unglaublich wichtig, aber, wenn wir jetzt nicht anfangen präventiv zu arbeiten, und das bei den Jüngsten, dann werden wir immer mehr Generationen voller patriarchale Gewalt heranbilden. Und darum geht es jetzt vorrangig, dass wir das verhindern, damit wir die ganzen Einrichtungen, die wir jetzt aufbauen in 20 Jahren hoffentlich nicht mehr brauchen.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Also, dass wir dem Antrag gerne zustimmen, danke Anna, noch einmal dafür, das hat die Mina schon ausführlich gesagt, aber ich möchte auch meiner Vorrednerin, Anna, danken für die Betonung dessen, dass diese Gewalt nicht aus migrantischen Milieus kommt. Weil, was heißt migrantisches Milieu? Ich bin auch Teil des migrantischen Milieus hier in Österreich und in meiner Wohnung, in meiner Familie kommt keine Gewalt vor? Der Ursprung für Gewalt ist nicht die Herkunft. Der Ursprung für Gewalt von Männern liegt in toxischer Männlichkeit, die in der patriarchalen Erziehung in dieser Gesellschaft begründet liegt. Die ist auch nicht importiert, sondern die existiert in dieser Gesellschaft. Aber nichtsdestotrotz müssen wir natürlich alle Mittel heranziehen, um das zu verhindern. Denn nicht nur jede Tote ist eine Tote zu viel, sondern jede Gewalttat ist eine Gewalttat zu viel, denn die Anna hat das gesagt, die Toten, die sind größtenteils, also die sind Mütter. Das heißt, dass aber auch die Kinder dieser Familien diese Gewalt, die in der Regel schon vorher vorherrscht, in diesen Familien mitbekommen, dadurch traumatisiert werden oder sie im schlimmsten Fall, wenn es nicht aufgearbeitet wird, auch in die nächste Generation weitertragen. Und deswegen kann ich das nur unterstützen, dass in sehr jungen Jahren damit angefangen wird, mit der Prävention, und dass das auf allen Ebenen passiert. Wir stimmen deswegen, obwohl das mit dem migrantischen Milieus im Antragstext des Zusatzantrages drinnen steht, dem Zusatzantrag zu, also im Motiventext, wir stimmen ja nur dem Antragstext zu. Und dem können wir natürlich gerne folgen. Und das tun eben auch unsere beiden Stadträte gerne. Mina hat ohnehin dieses Buch schon gezeigt, das aus dem Integrationsreferat finanziert wurde, dann alle Maßnahmen zur psychischen Gesundheit, die aus dem Gesundheitsreferat finanziert und initiiert werden, tragen natürlich auch dazu bei, denn psychische Erkrankungen sind auch nicht selten ein Ursprung für Gewalt und auch aus dem Frauenreferat kommen natürlich Maßnahmen, die nicht nur dem Opferschutz dienen, also die gibt es auch. Also es gibt zum Beispiel diese Gewaltschutzbroschüre, die jetzt auch in einem handlicheren Format dann bald erhältlich ist und in den sieben Sprachen, oder auch diese Taschenalarme. Von 25.11. bis 10.12. sind die 16 Tage gegen Gewalt und da wird es

wieder in Zusammenarbeit mit der Holding diese Plakatkampagne geben, "Schau nicht weg", "Gewalt an Frauen geht uns alle an." Da werden Plakate zu sehen sein, es gibt Kurzspots, bei denen die Notruftelefonnummer der Frauenhelpline und des Frauenhauses eingeblendet werden und es werden auch Kinospots laufen. Also die Information darüber, was es alles gibt, aber auch die Sensibilisierung dafür, dass es diese Gewalt gibt und dass die Gewalt kein Mittel ist, in keinem Fall, dass ist eben auch sehr wichtig und passiert und kann aber trotzdem nicht genug passieren, könnte immer noch mehr sein.

GRⁱⁿ Pogner:

Ich möchte mich nur noch einmal ganz spontan zu Wort melden. Und zwar, ich möchte richtigstellen, es geht jetzt nicht nur um Personen mit dem migrantischen Hintergrund, das hier so herausgekitzelt worden ist, sondern natürlich um alle Personen, von denen Gewalt ausgeht. Und da möchte ich jetzt auch einmal erwähnen, dass es sehr wohl auch Frauen gibt, die gegenüber Männern Gewalt ausüben. Und sagen wir mal so, ich habe sehr oft mit Täterinnen auch zu tun und da gilt das Gleiche. Da gibt es auch ein Gewaltschutzzentrum dann, wo sich auch die Täterinnen und die Opfer hinbegeben können. Also das möchte ich jetzt einmal gleich erwähnen. Das hat das nichts mit Migration oder sonst etwas zu tun, sondern das hat einfach mit Personen zu tun, von denen Gewalt ausgeht. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.55 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte gleich zuletzt bei der Frau Gemeinderätin Pogner anfangen, das kann ich nur unterstreichen, das ist so. Und eben letztendlich bei allen, die sich zu Wort gemeldet haben, weil ich glaube, da brauchen wir nicht lange diskutieren, niemand

hier im Gemeinderat kann das nur für gutheißen. Und Gewalt, egal auf welcher Ebene, wo auch immer, ob Frauen, Männer, Kinder, ist zutiefst abzulehnen. Es ist aber eine Tatsache, das trifft natürlich sehr viele Frauen, das weiß die Polizei, das wissen alle, die mit diesem Thema zu tun haben. Was aber auch wichtig ist zu betonen, weil das heute noch nicht gesagt worden ist, es war leider immer schon ein Thema, jahrzehntelang, es ist nur oft nicht so benannt worden und es ist auch nicht so oft gemeldet worden. Gott sei Dank, weil es seit Jahrzehnten auch Einrichtungen gibt, die sich jeden Tag darum bemühen, und das ist von der Polizei angefangen bis hin zu vielen, vielen Fraueneinrichtungen, die seit Jahrzehnten sich diesem Thema widmen, auch die Männerberatungsstellen und vielen anderen Notrufstellen, und die sehr, sehr genau wissen und da Einblicke erhalten und bekommen, die man eigentlich niemandem wünscht, den Opfern sowieso nicht. Aber auch die, die dann da sind, um letztendlich diese Menschen, und in erster Linie Frauen aufzufangen. Das ist etwas Fürchterliches, das darf bei uns keinen Platz haben. Es ist aber eine Illusion zu glauben, dass wir es von heute auf morgen gleich beseitigen werden können, weil da, auch wenn meine Kollegin Mina Naghibi auch schon angesprochen hat, das ist ein zutiefst gesellschaftliches Problem. Das fängt bei Klein an schon an, wie man aufwächst, in welchem Umfeld man aufwächst, was deine Vorbilder sind, was du vorgegeben bekommst und wie du vielleicht mit dir selbst als Kind auch umgegangen bist. Wenn du Gewalt erfährst, wirst du letztendlich oft auch selten, und auch keine Begleitung oder Hilfe bekommen hast, das ist ein sehr, sehr schweres Thema, was einen absolut nicht kalt lässt. Und ich kann es nur in den 40 Jahre, wo ich selber mit Menschen viel zu tun hatte, leider auch oft gesehen habe und erlebt habe, was das bedeutet für Familien. Ich möchte mich aber an dieser Stelle kollektiv, glaube ich, auch in unserem Namen, bei allen auch bedanken, bei den Einrichtungen, die diesen Frauen und allen, die von Gewalt betroffen sind, auch zur Seite stehen, sie begleiten und versuchen ihnen wieder ein Leben zu ermöglichen, wo sie angstfrei wieder leben und eine Zukunft entwickeln können. Und ich glaube, dieser Dank ist hier angebracht, einerseits, und andererseits aber auch, dass es für uns klar war, auch in dieser Koalition, genau jene Einrichtungen auch finanziell zu stärken. Das hat Anna schon angesprochen, natürlich

braucht es eine Absicherung dieser Einrichtung, damit sie auch gut arbeiten können. Aber eines, und da bin ich dem Zusatzantrag durchaus dankbar, das Ganze ist noch lange nicht zu Ende gedacht, um eben bestimmte Milieus, bestimmte Menschen und auch Burschen zu erreichen, um das jetzt einfach zu sagen, wird es andere Zugangsmöglichkeiten brauchen. Da reichen auch die besten Broschüren, Studien und alles nicht aus, weil sie müssen auch gelesen werden und deshalb, glaube ich, dass wir da noch lange nicht am Ende sind mit dem was das braucht und dass da über alle Stadtseatsfraktionen hier Zusammenarbeit notwendig ist. Danke noch einmal für die Initiativen.

GRⁱⁿ Robosch:

Jetzt kommt wirklich das Schlusswort, es tut mir leid, das war vorher ein bisschen verwirrend. Noch einmal vielen Dank für diese Diskussion und ich kann diesen Dank, den die Bürgermeisterin gerade ausgesprochen hat, nur unterstreichen und möchte ihn auch wiederholen. Ein riesiger Dank gilt auch unserem Referat für Frauen und Gleichstellung. Und auch in Bezug auf diesen Zusatzantrag mit dieser Informationskampagne. Ich glaube nicht nur, dass wir das nicht neu erfinden müssen in Graz, natürlich können wir da alle noch mehr Informationen an alle austeilen, aber es fällt mir sehr, sehr leicht hier zu stehen und zu sagen, vielen Dank für unsere Frauen- und Gleichstellungsreferat, weil die das auch Jahr für Jahr machen. Und Jahr für Jahr nehmen die, wie gesagt, nicht nur die 16 Tage zum Anlass, sondern das ganze Jahr über, um Informationen an die Frau und an den Mann zu bringen, in Bezug auf Gewaltschutz und Gewaltschutzeinrichtungen. Und da möchte ich auch den Dank wiederholen an unsere Gewaltschutzeinrichtungen und auch an unsere Männerberatung und unsere Männlichkeitsforschung in Graz, weil wir haben nicht nur österreichweit, sondern auch europaweit, in Graz selber eine Expertise und eine Forschung in diesem Bereich, die sucht seinesgleichen und dessen ist uns manchmal vielleicht nicht bewusst, aber da gilt es schon auch ein Augenmerk hinzulegen und da sollten wir auch darauf stolz sein. Deswegen, auch danke an alle

Opferschutzeinrichtungen und auch Männerberatungsstellen. Zum Abschluss möchte ich nur einmal noch darauf hinweisen, ich habe heute sehr oft, auch bei einem anderen Thema, das Wort importiert gehört und ich habe mir da gedacht, nein, ich sage jetzt nichts, ich möchte nicht schon wieder auf diese Wortklauberei einsteigen. Aber jetzt haben wir es schon wieder gehört und das ärgert mich wirklich. Wir haben heute in Bezug auf Antisemitismus, der ja angeblich importiert wäre, als auch jetzt im Bereich von Männergewalt, die angeblich in gewissen Bereichen importiert, gesprochen. Und es ärgert mich wirklich massiv, dass wir nicht nur in Bezug auf Probleme, die es überall in jedem Bereich gibt, das Wort importiert benutzen, sondern es ärgert mich auch, dass wir es im Zusammenhang mit Menschen benutzen, die wir nicht importiert haben, weil sie sind erstens kein Gegenstand und zweitens, die auch bei uns aufgewachsen sind, auch wenn sie Migrationsgeschichte haben. Das sind unsere Mitmenschen, sie wohnen in unserer Stadt, sie sind unser Teil unserer Gesellschaft und wir sollten endlich aufhören, immer da mit dem Finger auch andere zu zeigen, wenn wir den Finger eigentlich auf ihn selbst zeigen sollten. Und dahingehend möchte ich noch einmal diesen Appell ansprechen, in Bezug auf, ja, es gibt sehr viel, das schon getan wird, wir stehen auf den Schultern auch von einer starken Frauenbewegung, die schon vieles erreicht hat, aber wir stehen nicht auf einem Punkt, wo wir sein können, wir haben keine Probleme mehr zu lösen. Wir stehen nicht auf einem Punkt, wo wir nicht anfangen sollten, jeden in unserer Gesellschaft und vor allem bei den Männern anzufangen, wenn es darum geht, Verbündete im Kampf gegen Gewalt an Frauen zu sein. Und bitte, bitte, seid hier Teil der Lösung, wie wir heute schon gehört haben, seid hier Teil von einer Mitmenschlichkeit, von einem Gewaltschutz und einem konfliktfreien Leben. Und es würde mich sehr, sehr freuen, viele von euch, vor allem die Männer, am 25. November auch bei der Demo für dieses starke Zeichen zu sehen, gegen diese Gewalt und gegen ein gewaltfreies Leben für alle.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

**10.6 ADHS-Verdachtsfälle
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)**

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuseher via Livestream. In meinem Antrag geht es eben um ADHS. Anstoß dieses Antrages war ein Gespräch mit einem Grazer Apotheker, der mich angesprochen hat, dass es ein Wahnsinn ist, wie viel Psychopharmaka er jeden Tag verkaufen muss und wie oft Ritalin an Kinder verschrieben wird. Ich habe dann mit vielen Bekannten in meinem Bekanntenkreis gesprochen, die aus Gesundheitsberufen kommen und die waren der einhelligen Meinung, dass das wirklich eine Katastrophe ist. Ritalin ist eben Medikament mit dem Wirkstoff Methylphenidat. Es wird eben bei ADHS, das ist dieses Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung, Zappelphilipp-Syndrom, verschrieben. Das sind Kinder, die sich einfach schwertun mit dem Sitzenbleiben, beim Konzentrieren, die einfach sehr aktiv sind. Es gibt noch weitere Medikamente mit dem Wirkstoff, aber Ritalin ist offenbar das gängigste und es war auch schon des Öfteren in den Medien, weil es offenbar auch missbräuchlich verwendet wird, zum Beispiel zur Leistungssteigerung und Konzentrationssteigerung von Studierenden. In den USA hat es traurige Bekanntheit bekommen mit dem Namen Hausfrauen-Koks. Traurig, dass Erwachsene zur chemischen Keule greifen müssen, um alle alltäglichen Herausforderungen unter einen Hut zu bringen. Ich habe zu diesem Thema auch eine Diplomarbeit gefunden, die in Graz an der Medizinischen Universität verfasst wurde 2017. Da heißt es: Obwohl in den letzten Jahren ein drastischer Anstieg bei der Anzahl der Verschreibungen dieses Wirkstoffes verzeichnet werden konnte, ist über die genaue Wirkungsweise noch relativ wenig bekannt. Besonders im Hinblick auf die Folgen einer Langzeittherapie, sowie deren möglichen Auswirkungen auf das Gehirn, gibt es zu diesem Zeitpunkt noch sehr wenig aussagekräftige Studien. Und das ist nur ein klitzekleiner Teil dieser Conclusio in dieser Diplomarbeit. Und das finde ich dann schon sehr befremdlich, dass dieser Stoff, dieses Medikament so oft verschrieben wird, besonders eben bei jungen Kindern im Volksschulalter. Der Verbrauch dieses Medikaments hat sich in den letzten 20 Jahren enorm gesteigert. In Deutschland um

das 50-fache, aber auch in Österreich um das Zehnfache von 2002 bis 2014. Leider gibt es eben keine aktuellen Daten dazu, obwohl inzwischen die Corona-Pandemie war, die ja sehr herausfordernd war für Kinder und Jugendliche, gibt es eben keine aktuellen Daten. Da es laut Experten auch an einem ausführlichen, standardisierten Testverfahren zur Diagnose von ADHS fehlt, kommt es sicher auch zu frühen Diagnosen und eben dann werden Medikamente verschrieben. Wie schon erwähnt, Ritalin ist alles andere als harmlos. Es kann eben bei längerer Einnahme zu Wachstumsstörungen, gezügelten Appetit oder Depressionen oder eben irreversiblen Schäden im Gehirn kommen. Und da ist es auch für Eltern, auch mit dem ärztlichen Wissen, im Hintergrund, sehr schwierig, guten Gewissens ihrem Kind dieses Medikament verabreichen zu lassen. Es gibt viel zu wenige kassenfinanzierte Therapieplätze im Bereich Psychotherapie. Und weil wir gerade vorhin einen Antrag zu den Kinderrechte hatten und gestern war ich auf der Gala der Kinderrechte, wo sehr liebe, kreative Projekte eben geehrt wurden, dann finde ich, dass es auch ein Kinderrecht ist, eine ordentliche gesundheitliche Betreuung zu haben, da gehört einfach die psychische Gesundheit dazu, aber da fehlt leider das Geld. Deshalb mein Antrag, der drei Punkte enthält, einmal, es gibt eben keine aktuellen Zahlen zur Thematik. Deshalb der erste Punkt, Gesundheitsstadtrat Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen wie beispielsweise die steirische Ärztekammer, die Apothekerkammer oder auch Sozialversicherungsträger heranzutreten, um aktuelle Daten zu organisieren, damit man einen Überblick und auch einer gewissen Basis hier weitertun kann. Zweitens der Gesundheitsausschuss sollte sich damit beschäftigen, wo eruiert wird, warum es zu diesen drastischen Erhöhungen gekommen ist. Wir haben auch in der vorigen Periode schon immer Experten in den Gesundheitsausschuss eingeladen, da wäre wer sehr schön, wenn wir Experten aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie einladen würden und der uns diesbezüglich eben informieren könnte, was auch die Kommune in puncto Prävention tun kann. Dass Graz sehr tolle Beratungsstellen hat, das ist eh klar. Ich erwähne nur das Familienkompetenzzentrum oder eben die Gesundheitsdrehscheibe, aber es wäre eben die Prävention ein ganz wichtiger Ansatz. Und da komme ich zum dritten Punkt. Gesundheitsstadtrat Krotzer

wird beauftragt an die zuständigen Stellen im Land Steiermark heranzutreten und mehr kassenfinanzierte Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche in Graz zu fordern. Das wäre sicher einer der wichtigsten Punkte der Prävention. Ich bitte um Annahmen.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Anstoß für diesen Dringlichkeitsantrag waren Gespräche mit mehreren Personen aus unterschiedlichen Gesundheitsberufen, die auf die durchaus hohe Anzahl von Ritalin Verschreibungen hinwiesen.

Ritalin ist ein Medikament mit dem Wirkstoff Methylphenidat, es wird bei der Diagnose ADHS – Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung – verschrieben. Es gibt noch weitere Medikamente mit demselben Wirkstoff, wobei scheinbar Ritalin das gängigste ist.

Bereits häufiger war das Medikament in den Medien, da es offenbar auch gerne missbräuchlich verwendet wird, beispielsweise von Studierenden zur Leistungssteigerung. In den USA hat es mit dem Namen „Hausfrauen-Koks“ traurige Bekanntheit erlangt.

In einer Diplomarbeit verfasst an der Medizinischen Universität Graz im Jahr 2017 heißt es:

Obwohl in den letzten Jahren ein drastischer Anstieg bei der Anzahl der Verschreibungen dieses Wirkstoffes verzeichnet werden konnte, ist über die genaue Wirkungsweise noch relativ wenig bekannt. Besonders im Hinblick auf die Folgen einer Langzeittherapie, sowie deren möglichen Auswirkungen auf das Gehirn, gibt es zu diesem Zeitpunkt noch sehr wenig aussagekräftige Studien. Da dieser Wirkstoff sowohl

in der Therapie der ADHS, als auch missbräuchlich zur Steigerung der Leistungsfähigkeit breite Anwendung findet, sind zukünftig weitere Studien notwendig, um die noch zahlreich vorhandenen offenen Fragen zu klären.

Zur Behandlung von ADHS wird Ritalin bereits oft schon im Volksschulalter Kindern verschrieben. In Deutschland ist der Verbrauch des Medikamentes in den letzten 20 Jahren um das 50-fache gestiegen, in Österreich von 2002 – 2014 um das Zehnfache! Diese erschreckenden Zahlen, wenn gleich keine genauen aktuellen Zahlen zu finden sind, weisen doch auf ein dringliches Problem hin, das Handlungen bedarf.

Zudem ist nicht bekannt, ob die Corona-Pandemie, die besonders für Kinder und Jugendliche eine herausfordernde Zeit war, weitere Verschlechterungen hervorgerufen hat.

Da es laut Experten auch an einem ausführlichen, standardisierten Testverfahren fehlt, werden wohl auch Diagnosen tendenziell zu früh gestellt (Internetquellen zu Folge oft bereits nach 3 Terminen) und Medikamente verschrieben.

Ritalin ist alles andere als harmlos – bei längerer Einnahme kann es zu Wachstumsstörungen, gezügeltem Appetit oder Depressionen kommen. Auf Grund fehlender, konkreter Langzeitstudien sind irreversiblen Schäden am noch reifenden Gehirn der Kinder und Jugendlichen nicht ausgeschlossen.

Obwohl es diesen Wirkstoff bereits mehrere Jahrzehnte gibt, ist die Datenlage sehr gering. Eltern ist es oftmals nicht möglich, selbst mit dem Fachwissen der Ärzte, eine Entscheidung über die Gabe von Ritalin reinen Gewissens zu treffen.

Ein weiteres Faktum erschwert die Problematik. Laut Kinderärzten gibt es viel zu wenige kassenfinanzierte Therapieplätze für Psychotherapie. Es zeigen sich hier einige, sehr dringliche Probleme im Gesundheitsbereich.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Gesundheitsstadtrat Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen wie beispielsweise die steirische Ärztekammer und/oder Apothekerkammer oder auch Sozialversicherungsträger heranzutreten, um aktuelle Daten zur Verabreichung des Wirkstoffs Methylphenidat zu bekommen und um einen Überblick über die Anzahl der Verschreibungen und Diagnosen von ADHS pro Jahr im Großraum Graz zu schaffen und dann im Gesundheitsausschuss darüber Bericht zu erstatten.*
- 2. Zudem soll im Rahmen des Gesundheitsausschusses eruiert werden, warum es zu diesem drastischen Anstieg der Verschreibungen von diesem Wirkstoff gekommen ist und welche Maßnahmen die Stadt Graz zur Prävention setzen kann, um speziell Kindern und Jugendlichen, sowie deren Eltern Unterstützung anbieten zu können.*
- 3. Gesundheitsstadtrat Krotzer wird beauftragt an die zuständigen Stellen im Land Steiermark heranzutreten und mehr kassenfinanzierte Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche in Graz zu fordern.*

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Lässer:**

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Antragstellerin. Die Verschreibung von Ritalin hat sich in den letzten 20 Jahren zwar nicht verzehnfacht, aber sie hat sich immerhin verdoppelt. Ich persönlich habe ein großes Vertrauen in die Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie, im Speziellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und glaube auch, dass die Indikationsstellung exakt getroffen wird.

Dennoch ist diese Erhöhung Grund genug, sich mit dieser auseinander zu setzen. Um eine etwaige überschießende Nutzung von Medikamenten hintanzuhalten aber auch um ausführlich Aufklärung zu betreiben, was in diesem Zusammenhang, glaube ich, ganz wichtig ist, ist es wünschenswert, Beratungs- und Unterstützungsangebote auszubauen, wie beispielsweise das Familienkompetenzzentrum Graz und die Gesundheitsdreh Scheibe und sie auch bekannter zu machen
Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Das Gesundheitsamt wird gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie damit beauftragt, geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, um Eltern von Kindern und Jugendlichen mit ADHS-Diagnose noch besser unterstützen zu können.
2. Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die zuständigen Stellen im Bund und im Land heran, um mehr kassenfinanzierte Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche in Graz sowie den Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu fordern.

Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
die Verschreibung von Ritalin hat sich in den letzten 20 Jahren zwar nicht verzehnfacht, aber immerhin verdoppelt. Grund genug, sich mit dieser Erhöhung auseinanderzusetzen und diese zu hinterfragen. Um eine überschießende Nutzung von Medikamenten hintanzuhalten, ist es sicherlich wünschenswert, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern wie beispielweise das Familienkompetenzzentrum*

Graz und die Grazer Gesundheitsdrehscheibe bekannter zu machen und die dort bereits vorhandenen Angebote noch weiter auszubauen.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Das Gesundheitsamt wird gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie damit beauftragt, geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, um Eltern von Kindern und Jugendlichen mit ADHS-Diagnose noch besser unterstützen zu können.*
- 2. Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die zuständigen Stellen im Bund und im Land heran, um mehr kassenfinanzierte Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche in Graz sowie den Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu fordern.*

GRⁱⁿ Slama:

Liebe Alle. Also Grundsätzlich, es ist ein wichtiges Thema, vor allem die Diagnose ADHS ist noch nicht sonderlich alt. Also es gibt das seit ca. 70 Jahren, dass es überhaupt so benannt wird. Und die Geschichte ist, dass das unglaublich schwierig ist für Menschen, die sich nicht weit damit auseinandergesetzt haben, zu sehen, vor allem bei Kindern, ob es jetzt dieses Krankheitsbild ist oder ob es unterfordert ist, unruhig traumatisiert, ob das impulsive Verhalten vielleicht sogar noch altersgerecht ist. Und deswegen geht es hier vor allem darum zu informieren. Also man kann ich auch gar nicht sagen, ok, irgendein Medikament ist jetzt das große Problem, sondern es geht darum, dass ganz viele Menschen einfach noch nicht genau wissen, was alles dazu gehört zu dieser Diagnose, wie sie damit umgehen sollen, was es für Maßnahmen gibt. Es gibt da viel zu wenig Wissen an dem Punkt und genau dort müssen wir ansetzen, dass wir einfach das Wissen von den Eltern, von den Pädagog:innen und so weiter, so ausstatten, dass die damit umgehen können, dass die wissen, in welche Richtung sie überhaupt schauen

müssen, und, dass sich nicht alle auf den ersten Kommentar, den sie irgendwo im Internet lesen, verlassen müssen. Deswegen unterstützen wir auch den Antrag, den die Frau Doktor, also da vertrauen wir natürlich schon einmal vom Grund her ein bisschen, eingebracht hat, der nämlich genau darauf abzielt, also auf Prävention und auch vor allem Wissensvermittlung. Und natürlich, also die Kassenplätze, ich glaube, da sind wir, wir uns alle sehr, sehr einig, dass mehr Plätze für Psychotherapie ganz, ganz dringend notwendig sind. Also das Thema insgesamt, vielen Dank fürs Einbringen, nur weil wir es verschieden angehen, heißt das nicht, dass es nicht sehr, sehr wichtig war, angesprochen zu werden. Dankeschön.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Antragstellerin. Ich habe vor meiner Wortmeldung etwas getan, was vielleicht diesem Antrag auch gut getan hätte. Nämlich mit Betroffenen selbst zu sprechen und nicht nur mit Apotheker:innen. Ich habe vor allem auch sehr viel in meinem persönlichen Umfeld an Menschen, die auch im Erwachsenenalter erst eine Diagnose bekommen haben mit ADHS und da zeigt sich schon, dass wir zwei verschiedene Bilder haben, mit denen über ADHS gesprochen wird. Es wird immer wieder dieses Bild, das eigentlich veraltet ist, gezeichnet vom Zappel-Philipp, vor allem von jungen Burschen, die zu viel Energie haben, die rumspringen und die quasi auch mit Ritalin bis zu einem gewissen Grad in dieser Hinsicht behandelt werden müssen. Das ist ein sehr veraltetes Bild über ADHS und man sieht damit auch sehr stark schon, dass es eigentlich eine genetisch chronische Krankheit ist, die sich vor allem auch nicht nur auf das Kindheitsalter beschränkt, sondern auch im Erwachsenenalter. Und man sieht daran auch, dass ich in den letzten zehn Jahren alleine hier massive Erkenntnisse im medizinischen Forschungsbereich gegeben hat, die eben zeigen, dass man das auch im Erwachsenenalter erforschen sollte und dass es sich auch unterschiedlich bei unterschiedlichen Menschen ausdrückt. In der Note möchte ich auch nur erwähnen, dass es sich vor allem auch komplett unterschiedlich bei Männern und Frauen ausdrückt und dass es deswegen

durchschnittlich 15 Jahre länger bei Frauen dauert, bis sie eine ADHS-Diagnose bekommen und diese Diagnose aber schon de facto in der Behandlung, egal ob jetzt mit Ritalin oder nicht, schon dringend brauchen würden. Da sehen wir eben, dass dieses Problem ein viel größeres ist, als nur zu sagen, Ritalin-Verschreibungen steigen und deswegen müssen wir hier etwas tun, sondern eigentlich sollten wir bei dem ansetzen, was die Betroffenen, egal ob jetzt Kinder oder Erwachsene, wirklich brauchen. Und das wäre eben viel mehr Forschung, viel mehr, da sind wir bei der Antragstellerin, sehr wohl viel mehr Kassenplätze und viel mehr Behandlungsansätze in diesem Bereich. Ritalin selbst wird hier auch massiv verteufelt. Und da möchte ich auch erwähnen, dass Ritalin und Medikinet, zwei der führenden Medikamente in dem Bereich, ganz, ganz unterschiedlich bei neurodiversen Menschen oder neurodivergenten Menschen, als neurotypischen Menschen wirkt und deswegen, ja, natürlich kann das zur missbräuchlichen Verwendung dieses Medikaments führen, wie jedes andere Medikament eben auch, aber bei Menschen mit dieser chronischen Erkrankung führt das eben zu einer ganz anderen Wirkung als bei Menschen, die das also neurotypisch verwenden, und verwenden eben missbräuchlich. Und da möchte ich auch noch einmal sagen, das, was die Betroffenen brauchen würden, wäre kein Antrag, der sie auch in der Wortwahl noch weiter stigmatisiert, sondern sie würden eben auch brauchen, dass man ihnen zuhört in der Beschreibung ihrer Symptome selbst und da ist es auch vielleicht zu sagen, ich würde dem nicht zustimmen, dass es nur drei Sitzungen braucht und bekommt man schon eine Diagnose, sondern es wird auch im Bereich von Österreich, natürlich vertrauen wir auch dem Fachpersonal, aber es wird auch in Österreich den Vergleich mit der internationalen Forschung brauchen, weil wir hinken hier in manchen der Testungen hinterher. Und ehrlicherweise, wir stimmen natürlich dem Abänderungsantrag zu, wir sehen auch, dass das Thema sehr, sehr dringlich ist, aber eigentlich hätten dem Thema drei TikToks von führenden Forscher:innen in dem Bereich auch gut getan, damit man bessere Quellenangaben hat als einen Apotheker und ein Zitat aus irgendeiner Diplomarbeit.

GRⁱⁿ Herlicska:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich möchte mich jetzt zu diesem Antrag auch noch einmal zu Wort melden, weil ich schon so einen Knoten in der Brust habe und im Bauch, weil ich mich beim Lesen schon so viel ärgern habe müssen, dass wir hier einen Antrag haben, der sich darüber beschwert, dass Medikamente in einer Apotheke verkauft werden, wo man sich über die Vorgänge, wenn Homöopathie an Menschen, die eh schon in Notsituationen verkauft wird, das definitiv keine Medizin ist, verkauft wird, noch viel mehr ärgern könnte. Es obliegt nämlich nicht der Apothekerin oder dem Apotheker, zu urteilen, ob ein Medikament angebracht ist oder nicht. Ohne die fachliche Kompetenz von Apothekerinnen und Apothekern irgendwie kleinreden zu wollen, weil die leisten auch sehr viel Arbeit und haben sehr wichtigen und vertrauensvollen Job, dennoch ist es nicht ihre Aufgabe zu urteilen, wer welches Medikament nehmen soll oder auch nicht. Warum ich mich jetzt auch ein bisschen emotional hier zu Wort melden, ich habe vor Kurzem selbst erst eine ADHS-Diagnose im Erwachsenenalter bekommen und kann einfach nicht nachvollziehen, warum man Kindern und Erwachsenen ein Medikament vorenthalten möchte, das sie vielleicht dringend brauchen. Es gibt auch bei ADHS sowie es die Anna vorher auch angesprochenen hat, verschiedenste Ausformung und Abstufungen und verschiedenste Behandlungsmöglichkeiten. Und ich glaube, wir sind in der glücklichen Situation, auch, wenn wir viel zu wenig Kassenplätze haben, dass wir Ärztinnen und Ärzte haben, die einen wirklich begleiten können auf dem Weg, in unserer Leistungsgesellschaft auch mit dieser Diagnose ein glückliches Leben führen zu können, ohne ein Burnout oder eine Depression zu erleiden. Und darum möchte ich mich auch an der Stelle, ich habe mich schon persönlich bei dir bedankt, bei der Amrei bedanken für einen wirklich fachlich kompetenten Abänderungsantrag, weil es nicht sein kann, dass man Menschen vorenthält, dass sie die Medikation bekommen, die sie brauchen und dass sie wirklich auch die Behandlung bekommen, die sie brauchen. Dankeschön.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Danke für die Diskussion. Ich finde es einmal eher bewundernswert, wenn Menschen die jahrzehntelanges Know-how haben, der tagtäglich seine Arbeit in der Apotheke verbringt, sich traut, auch eh nur unter vorgehaltener Hand, weil sonst würde er eh Probleme mit der Ärztekammer bekommen, zu sagen, was er sich denkt, aufgrund seiner Erfahrung. Und wenn dieser Verbrauch tatsächlich so gestiegen ist, dann ist das schon bedenklich. Und wir sollten uns als Politiker darüber Gedanken machen, warum ist das so. Niemandem sollen die Medikamente vorenthalten werden, wenn er sie tatsächlich braucht. Nichtsdestotrotz müssen wir hinschauen, warum der Verbrauch so enorm gestiegen ist. Deshalb finde ich es sehr schade, dass beim Abänderungsantrag der erste Punkt total gestrichen wurde, nämlich, wo es um die aktuellen Daten und Fakten geht, dass man eben zu aktuellen Zahlen kommt. Die letzte parlamentarische Anfrage, die ich gefunden habe, ist von 2013, das ist zehn Jahre her, wo Sozialversicherungsträger fähig waren, hier Zahlen zu liefern. Das heißt, das hätte das Gesundheitsamt sicher geschafft hier aktuelle Zahlen zu liefern, mit denen man dann arbeiten kann. Dass wir uns im Gesundheitsausschuss darüber unterhalten, das wäre eben sehr wünschenswert, dass da auch Experten aus der Jugendpsychiatrie eingeladen werden, um eben zu eruieren, wie es zu diesem erhöhten Verbrauch kommt. Natürlich ist es sicher auch der Zahn der Zeit, das digitale Zeitalter, diese tagtägliche Reizüberflutung, vielleicht auch die Ernährung. Ich habe mit Psychologen gesprochen, die sagen, der Zuckerkonsum führt bei Kindern auch zu merklich mehr Aktivität und natürlich gibt es das Krankheitsbild ADHS, natürlich gibt es das. Und der zweite Punkt, die Petition, um mehr kassenfinanzierte Plätze zu bekommen, der ist ja sehr wünschenswert und das ist ja der präventive Ansatz oder der wichtigste Punkt in der Prävention, um den es uns geht. Aber da kann man sicher noch mehr machen und da wäre es schön, wenn wir hier Datenmaterial dazu hätten und uns dann damit beschäftigen könnten.

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

10.7 Lösungen für von diversen Verkehrsmaßnahmen betroffenen Gebieten (GR Mag. Michael Winter, KFG)

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, jetzt mittlerweile wieder zahlreicher vertreten. Das ADHS-Proseminar ist beendet, kommen wir zum Umbau Graz. Bereits in der Sitzung im September ist von unserer Seite ein dringlicher Antrag gekommen hinsichtlich dem Umbau von Graz, betonend die ganzen Baustellen, die ganzen Veränderungen, die durchaus so ihre Probleme mit sich bringen. Erfreulicherweise ist der Antrag damals einstimmig angenommen worden. Im Nachhinein noch einmal ein Dank von meiner Seite diesbezüglich. Bereits im Motiventext ist auch erwähnt worden, dass aber auch bisher ein Gesamtkonzept fehlt, nämlich aufgrund der Tatsache, dass Baustellen zu einer Verlagerung, zu Umwegen führen, zu Verkehrsproblemen führen, die nicht direkt eigentlich von dieser Baustelle betroffen sind. Natürlich kann man argumentieren, es ist jeweils eine Einzelmaßnahme. Diese Einzelmaßnahmen führen aber bekanntlicherweise in der Summe zu sehr, sehr großen Problemen und wir wissen, dass auch jetzt, gegenwärtig, aber auch in der Zukunft erneut verschiedene Einzelmaßnahmen hinsichtlich Baustellen geplant sind oder bereits, in der Arbeit sich befinden und dass wir auch da Auswirkungen spüren werden und alle Verkehrsteilnehmer Auswirkungen spüren werden. Es gibt mindestens drei Fahrradstraßen, die gegenwärtig in Arbeit sich befinden. Es wird auch in Zukunft durchaus notwendige Baustellen geben, die Probleme mit sich bringen werden. Es gibt aber auch diese sogenannten Spezial- oder Einzelprojekte, wo man sagt, ok, die Peter-Tunner-Gasse, um ein Beispiel zu nennen, die verschiedenen Unterführungen der GKB, die Projekte, die diesbezüglich laufen, und all diese Einzelmaßnahmen führen zu Problemen, die auch im Rahmen eines Gesamtkonzeptes eigentlich besser, für alle verträglich in die Realität umgesetzt werden könnten. Es betrifft nicht nur die Anrainer, es betrifft natürlich auch sehr, sehr viele andere Verkehrsteilnehmer, innerstädtische Pendler, aber auch Pendler, die durchaus von außerhalb in das Stadtgebiet einfahren. Und das fehlende Gesamtkonzept, wie man hier vorgeht, ist im betreffenden Antrag

im September bereits angesprochen worden und der jetzige Antrag schließt so quasi inhaltlich an diesen letzten an. Daher der konkrete Antragstext:

Die für den Verkehr zuständige Bürgermeister-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner wird beauftragt, im Vorfeld von längerfristigen oder dauerhaften Baustellen, Sperrungen oder auch Beschränkungen wie zum Beispiel bei Fahrradstraßen ein Konzept zur Verkehrsflussumleitung zu erarbeiten und zu veröffentlichen, um geeignete Alternativrouten oder Möglichkeiten zum sinnvollen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel anzubieten. Ich hoffe diesbezüglich wirklich auf eine möglichst breite Zustimmung. Es ist ein Problem, das wir alle gemeinsam nicht wegdiskutieren können, wo wir durchaus auch gemeinsam die Probleme analysieren und thematisieren und diskutieren sollten in diesem Rahmen. Aber hier die Augen zu verschließen wäre mit Sicherheit der falsche Zugang. Danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In der Gemeinderatssitzung vom September 2023 wurde unser Dringlichkeitsantrag zum „Umbau Graz“ in den meisten Punkten einstimmig angenommen. Dieser hatte bereits zum Teil im Motiventext die Auswirkungen von diversen Projekten wie Fahrradstraßen, Begegnungszonen, Baustellen und so weiter auf die umliegenden Gebiete zum Thema.

Unter anderem wurde ausgeführt:

Dies führt jedoch zu massiven Verlagerungen von Verkehr in Seitengassen und Ausweichrouten werden zusätzlich verstopft. Vor allem vormals eher ruhige und aufgrund der Lage verkehrsberuhigte Gegenden werden durch fehlende Gesamtkonzepte besonders belastet.

Da bereits an weiteren mindestens DREI neuen Fahrradstraßen gearbeitet wird, scheinen Gesamtkonzepte für von Verlagerungen betroffenen Gebiete dringlicher denn je. Zudem kommt es in naher Zukunft, durch zugegeben durchaus notwendigen

Baustellen und damit einhergehenden Totalsperren zu weiteren Verkehrsflussverlagerungen. Hierzu sind zusätzlich zu den Fahrradstraßen, die dauerhafte Verlagerungen verursachen, noch die langjährige Sperre der Unterführung Peter-Tunner-Gasse sowie weitere Projekte der GKB Unterführungen anzuführen. Zudem sollte es auch zumindest Planungen und Informationen zu vermeintlich „kurzen“ Baustellen wie Kreuzungsumbauten etc. in den jeweiligen Gebieten geben (Teil des dringlichen Antrages von 09/2023 – Info Kampagnen). Auch die temporäre Errichtung der Fahrradstraße in der „kleinen“ Neutorgasse wird wohl direkte Auswirkungen auf verschiedene Personengruppen haben, zumal auf Grund der Umgestaltungsmaßnahmen (Wegfall der Parkplätze) davon ausgegangen werden kann, dass es auch hier zu Überlegungen in Bezug auf den Durchzugsverkehr kommen wird. Dies allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Mutmaßung.

Mit all diesen „Einzelmaßnahmen“ werden also nicht nur Anrainer, sondern ein weit größerer Personenkreis zu Umfahrungen gezwungen, denen jedenfalls schon in Planungen eine höhere Priorität beigemessen werden muss. Denn obwohl mögliche Verlagerungen zum Beispiel im Vorfeld der Umsetzung der Marburger Straße vermeintlich berücksichtigt wurden, kam es dennoch zu enormen Belastungen in den Seitengassen und bildeten sich neue Durchzugsstrecken mit teils weit geringerem Straßenquerschnitt und Eignung.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für den Verkehr zuständige Bürgermeister-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner wird beauftragt, im Vorfeld von längerfristigen oder dauerhaften Baustellen, Sperren oder auch Beschränkungen wie zum Beispiel bei Fahrradstraßen ein Konzept zur Verkehrsflussumleitung zu erarbeiten und zu veröffentlichen, um geeignete

Alternativrouten oder Möglichkeiten zum sinnvollen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel anzubieten.

GR Huber:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Leider geht jetzt die Frau Vizebürgermeisterin, wenn es um ihr Thema geht, aber macht ja nichts, sie kann es sich ja ein Livestream dann danach anschauen. Also wir können aus ÖVP-Sicht hier nur zustimmen. Ich glaube, mittlerweile alle Oppositionsparteien haben darauf hingewiesen. Es weisen viele Bürgerinnen und Bürger darauf hin, viele Unternehmerinnen und Unternehmer, dass eben wirklich ein Gesamtkonzept hergehört, unser Stadtparteiobmann verweist immer darauf, unsere Frau Clubobfrau hat schon diverse dringliche Anträge eingebracht zu diesem Thema. Wir fordern das schon seit über einem Jahr, ein Gesamtkonzept für den Gazeverkehr, damit die Menschen Planungssicherheit haben. Und leider verwehrt sich hier die Frau Vizebürgermeisterin, aber Frau Bürgermeisterin, ich nehme Sie jetzt einmal in die Verantwortung, bitte sagen Sie Ihrem Stadtregierungsmitglied, dass sie ihrer Verantwortung nachkommen soll. Ich glaube, dann würden sich da auch viele Diskussionen im Gemeinderat erübrigen und vielleicht haben Sie da ein bisschen Einfluss darauf. Dankeschön.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Alle unsere Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung nehmen ihre Verantwortung wahr und natürlich auch meine Kollegin Vizebürgermeisterin Schwentner.

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Danke für den Antrag auch. Ich habe einmal zuerst nachgedacht und dann auch nachgefragt bei der Verwaltung. Ganz grundsätzlich haben wir ja Richtlinien, wir haben die Verkehrsplanungsrichtlinien da ist festgelegt, wie umgegangen wird bei Baustellen, es gibt Richtlinien für Veranstaltungen, es gibt Richtlinien natürlich, die dann bei der Umgestaltung von Straßen zur Anwendung kommen. Und die Nachfrage war eigentlich das, was da jetzt im Antrag gefordert wird, ein Konzept für die Umleitung der Verkehrsflüsse, genau das passiert bei diesen Veränderungen. Es gibt da immer die Verkehrsmodellierungen im Hintergrund. Da wird einfach geschaut, wenn in dieser Straße eine Baustelle eröffnet wird, wenn dort etwas verändert wird, wie wirkt sich das dann auf den Verkehr aus? Wer wird dann in Zukunft wo fahren? Und es werden dann auch Vorkehrungen getroffen, auch für den motorisierten Individualverkehr. Zum Beispiel, wenn man jetzt denkt an den Grieskai vor der Augartenbrücke, da ist eine zweite Linksabbiegespur errichtet worden, wohl wissend, dass eben natürlich dorthin sich ein Teil des Verkehrs verlagern wird aus der Neutorgasse. Also man versucht eigentlich da negative Auswirkungen zu vermeiden auf die Stadt. Natürlich ist das nicht immer möglich, je kleiner die Baustelle, desto weniger umfangreich kann man da vorher modellieren und es ist auch nicht immer perfekt. Also es gibt es halt manchmal Stau, es gibt manchmal weniger Parkplätze, es gibt manchmal auch vorübergehend mehr Verkehr in anderen Straßen, wo man ihn vielleicht nicht haben will. Es passiert aber auch im Fußverkehr, im Radverkehr, dass dann plötzlich Lücken entstehen an Radwegen, dass man auf einer Straßenseite nicht mehr gehen kann oder dass auch der öffentliche Verkehr umgeleitet wird. Von dem her versucht man das halt einigermaßen zu optimieren und da eine bestmögliche Lösung in dem Ganzen zu finden. Immer natürlich auch im Kontext der beschlossenen Mobilitätsziele. Und vielleicht auch zum Kollegen Huber, weil immer die Meldung mit diesem Gesamtkonzept kommt, ich denke, Sie waren alle dabei, wo wir hier das Mobilitätskonzept beschlossen haben, den Mobilitätsplan 2040 Teil 1, und das ist auch allen bekannt, dass wir jetzt an Teil 2 arbeiten, an genau diesen Maßnahmen. Also wo da der Unterschied zum Gesamtkonzept bestehen soll, das müssten wir vielleicht noch einmal im Detail klären,

ist mir schleierhaft. Insgesamt aber ist da auch drinnen, und das ist nämlich wichtig auch, das haben wir auch gemeinsam beschlossen, dass die Verkehrsplanungsrichtlinien, die ja maßgeblich sind, dafür weiter entwickelt werden. Da gibt es sicher Verbesserungspotenzial noch, also das läuft nicht alles so 100-prozentig optimal, aber es ist halt dann auch Teil dieses Prozesses, dass es sowieso verändert wird. Insofern sehen wir das jetzt nicht dringend, hier extra etwas zu machen und werden dem Antrag daher nicht zustimmen. Dankeschön.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Auch wenn sich jetzt keine Mehrheit abzeichnet für die Dringlichkeit und infolgedessen natürlich auch für den Antrag, nehme ich einige positive Punkte mit, die jetzt der Kollege Kozina-Voit ausgeführt hat. Es gibt Verbesserungspotenzial, habe ich hier mitgeschrieben, es gibt negative Auswirkungen, ist einmal gesagt worden, das nehme ich einmal so mit, dass zumindest die Problemanalyse wahrscheinlich im ganzen Saal die gleiche sein wird. Ich sage es aber auch in aller Ehrlichkeit, es fordert niemand Perfektion ein, weder die Opposition, noch irgendjemand, der jetzt im Rahmen sich dieser Stadtkoalition bewegt, wird die Perfektion erreichen. Was aber sehr wohl Möglichkeit sein könnte, ist, dass man so ein Konzept zusätzlich von Seiten der Frau Vizebürgermeisterin erarbeitet und vor allem, ein Punkt, veröffentlicht, nämlich im breiteren Sinne veröffentlicht. Wenn mehr Menschen auch Informationen erlangen, wie im Idealfall die Umgehung dieser Baustellenprojekte etc. im schnellen Sinne, auch im Rahmen von öffentlichen Verkehrsmitteln, im Idealfall möglich ist, wäre das eine Verbesserung für das gesamte Verkehrskonzept und das gesamte Verkehrsgeschehen in Graz. Diese zwei Punkte nehme ich positiv mit und trotz der sich nicht abzeichnenden Mehrheit, danke für die Wortmeldung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

10.8 Sanktionen bei illegaler Parteienfinanzierung (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)

GR Mag. **Pointner**:

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bundesrechnungshof hat zum Rechenschaftsbericht der Sozialdemokratischen Partei Österreichs 2021 festgestellt, dass es zu einer Tötigung von unrechtmäßigen Parteispenden gekommen ist und zwar vom SPÖ-Klub Graz an die Grazer Partei der SPÖ. Das ist leider in unserer politischen Landschaft kein Einzelfall. Ein weiterer Fall dieser Art schlummert gerade in Klagenfurt und so weiter, und so weiter, und so fort. Und egal wie viel Nullen hinter der Ziffer stehen, es ist immer ein unzulässiger Umgang mit Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger von Graz. Und egal wie hoch das ist, es ist immer skandalös. Genauso skandalös ist es, dass unsere Statutenreform, die wir beschlossen haben um dem zu begegnen, seit eineinhalb Jahren im Landtag schlummert. Und ich möchte die Gelegenheit ergreifen, auch die Bürgermeisterin noch einmal dringend zu ersuchen, ihren Einfluss geltend zu machen und diesen Gemeinderatsbeschluss im Land noch einmal vehement zu vertreten, damit wir endlich mehr Transparenz in Graz bekommen was die Klubfördermittel betrifft, denn das ist Inhalt der Statutenreform. Nun geht es, weil ja alles so schön schlummert, was mit Transparenz in Österreich zu tun hat, um eine Zwischenlösung. Und ich möchte sicherstellen, dass nicht noch mehr Steuergelder der Grazerinnen und Grazer, von wem auch immer, in der politischen Landschaft zweckentfremdet werden. Und da braucht es vielleicht doch ein Sanktionssystem und da haben wir eigentlich etwas zur Hand, was wir alle beschlossen haben im Gemeinderat. Das war das Fairnessabkommen für den Graz Wahlkampf. Alle gemeinsam muss ich wieder einschränken, weil da liegt der, für mich, Skandal wiederum bei der ÖVP. Die sind als einzige nicht mitgegangen, denn bei Wahlkampfkosten, da gilt ja, na ja, Bescheidenheit ist eine Ziehe für die ÖVP leider nicht. Aber vielleicht ändert sich das ja noch. Deshalb, da gibt es einen Punkt, wo es Strafzahlungen gibt, bei Überschreitung der Wahlkampfkostenobergrenze und so ein derartiges System könnte man auch jetzt bei Malversationen mit Klubgeldern auch

implementieren. Ich zitiere aus dem Fairnessabkommen, die Strafzahlung soll als Spende an eine oder mehrere Organisationen oder Initiativen gehen, die einen mildtätigen Zweck verfolgen, das ist ja auch etwas Gutes. Parteiennahe Organisationen und Initiativen sind davon ausgeschlossen. Also Strafzahlen, mit einem zu implementierenden Percentage-System und dann an einen mildtätigen Zweck das Ganze weitergeben. Daher stelle ich einen

dringlichen Antrag,

genau in dieser Sache, der da lautet:

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, eine zeitweilige Regelung zur Implementierung von Strafzahlungen bei missbräuchlicher Verwendung von Klubgeldern nach Vorbild des Grazer Fairnessabkommens gemäß Motiventext zu prüfen und dem Grazer Gemeinderat umgehend eine allfällige Regelung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ein wahrlich dringlicher Antrag und ich bitte um breite Zustimmung.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Kürzlich hat der Bundesrechnungshof aufgedeckt, dass der Grazer SPÖ-Gemeinderatsklub unrechtmäßige Parteispenden getätigt hat. Dies ist – wie die Vergangenheit zeigt – leider kein Einzelfall, sondern eine scheinbar “Never-ending-story“ in der österreichischen Innenpolitik. Der neuerliche Vorfall zeigt, dass, wenn nicht umgehend Maßnahmen ergriffen werden, dies mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht der letzte Fall von unzulässigen Parteispenden gewesen sein wird.

Besonders vor dem Hintergrund der im Land Steiermark liegen gebliebenen Statutenreform für die Landeshauptstadt Graz, die unter anderem auf mehr Transparenz bei den Klubfördermitteln abzielt, ist der neuerliche Vorfall ein Skandal und zeigt, dass schärfere Kontrollrechte für den Stadtrechnungshof und gläserne Parteien dringender notwendig sind denn je.

Um sicherzustellen, dass nicht noch mehr Steuergelder der Grazer Bürgerinnen und Bürger von den Gemeinderatsklubs zweckentfremdet werden und in die Kassen von Parteien fließen, bevor die Statutenreform durch das Land Steiermark beschlossen wird, ist dringend eine Regelung notwendig, um im Bedarfsfall Sanktionen setzen zu können. Solch eine Regelung könnte sich an den Grundsätzen des Grazer Fairnessabkommens orientieren, welches im Juli 2021 von allen damals im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien – mit Ausnahme der ÖVP – unterzeichnet wurde. In Punkt 2 dieses Abkommens sind klare Sanktionen für Verstöße festgelegt und es liegt eine detaillierte Handlungsrichtlinie vor:

„Die Strafzahlung soll als Spende an eine oder mehrere Organisationen oder Initiativen gehen, die einen mildtätigen Zweck verfolgen. Parteinahе Organisationen und Initiativen sind davon ausgeschlossen“

Anknüpfend an diese Regelung, stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, eine zeitweilige Regelung zur Implementierung von Strafzahlungen bei missbräuchlicher Verwendung von Klubgeldern nach Vorbild des Grazer Fairnessabkommens gemäß Motiventext zu prüfen und dem Grazer Gemeinderat umgehend eine allfällige Regelung zur Beschlussfassung vorzulegen.

KO GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Kolleginnen, Frau Bürgermeisterin, werter Mitglied der Stadtregierung, werter Antragsteller. Ja, zur Dringlichkeit. Es ist dir, es ist den Klubobleuten und Fraktionsführer:innen bekannt, dass wir in Klubobleutekonferenzen und ähnlich ausgestalteten Zusammenkünften schon mit diverser guter Unterstützung durch die Magistratsdirektion, beispielsweise durch das Präsidialamt, des Weiteren an

Richtlinien, inklusive Sanktionsmöglichkeiten für Klubs und Fraktionen arbeiten. Was die von dir monierten Förderkriterien betrifft, wir sind damit noch nicht fertig. Das kannst du uns vorwerfen, dass wir damit noch nicht in den Gemeinderat gehen konnten, aber wir wollen da eine breite Mehrheit herstellen. Alle anderen wissen, wie wir da in der Diskussion stehen und deswegen ist es nicht dringlich, weil genau dieses Thema, bei zweckwidriger Verwendung von Klubmitteln, die nur der kommunalpolitischen Arbeit dienen sollen, soll es teilweise gänzliche Rückzahlungssanktionen geben. So weit sind wir eigentlich schon. Und deswegen, so sorry, das werden wir jetzt nicht über einen dringlichen Antrag quasi parallel auch noch ausgestalten, sondern wir wollen diesen Prozess möglichst schleunigst im Verlauf des nächsten Quartals weiterbetreiben, abschließen und dann in Rechtskraft ergehen lassen. Dankeschön.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Wie ermahnt von hinten, melde ich mich zur Dringlichkeit, lieber Phillip, liebe Gemeinderatskolleg:innen, und begründe, weshalb unserer Meinung nach, dieser Antrag nicht dringlich ist. Denn die Koalition aus KPÖ Grünen und SPÖ hat von Beginn an betont, auch bei sich selbst sparen zu wollen und das auch getan. Zweimal wurde die Klubförderung in dieser Periode um 10 % gekürzt und wir würden es begrüßen, wenn das im Rahmen des Kommunalen Plus ein weiteres Mal gelingen würde. Der Umgang der Freiheitlichen mit den Klubfördermitteln hat uns allen deutlich vor Augen geführt, strenge Regeln, deren Nichteinhaltung auch sanktioniert wird, sind nötig, weil es geht ja um Steuergeld. Darum gibt es bereits einen umfassenden Vorschlag für neue Klubförderrichtlinien, deren Einhaltung der Stadtrechnungshof überprüfen können soll. Wir warten noch auf eine Rückmeldung vom Stadtrechnungshofdirektor und dann können die Richtlinien finalisiert und beschlossen werden. Deswegen müssen wir jetzt nichts Neues erarbeiten, weil es schon erarbeitet ist und nur noch das Feedback aussteht. Zu uns möchte ich kurz sagen, die KPÖ hat Politik nie als Selbstzweck und schon gar nicht als Selbstbedienungsladen begriffen. Wir legen die Verwendung

unserer Klubmittel jedes Jahr im Juli offen. Von den rund 300.000 Euro Klubförderung jährlich gehen mehr als die Hälfte an die Grazerinnen und Grazer zurück. Anstatt das Geld für Eigenwerbung auszugeben, haben wir 2.500 Wildblumenkisterl an die Bevölkerung verteilt, Bänke im öffentlichen Raum aufstellen lassen, unserer Weihnachtssackerlaktion geführt, an Vereine und Schulen gespendet, 1.000 Kindern und Jugendlichen gratis Eintritte in die Grazer Bäder ermöglicht und gemeinsam mit Bürgermeisterin Elke und den Stadträten Robert Krotzer und Manfred Eber viele, viele Menschen in Notlagen unterstützt und das alles kann jederzeit transparent eingesehen werden. Danke.

KO GR Ehmann:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, im Livestream, lieber Antragsteller, lieber Phillip. Erwartet habe ich das natürlich, das war ein bisschen durchsichtig wie ein Seidenblatt nach so einem Vorfall. Vorfall sage ich deswegen, weil, ich finde es bemerkenswert, dass du schreibst in einem Motiventext: Kürzlich hat der Bundesrechnungshof aufgedeckt, dass der Grazer SPÖ-Gemeinderatsklub unrechtmäßige Parteispenden getätigt hat. Das steht noch gar nicht fest. Das ist eine Vorverurteilung von dir, die du hier vornimmst ist, über die Motivation des Rechnungshofes. Ich habe dir gerade etwas zu sagen. Und ich sage dir nur so viel, wir haben eine umfassende Stellungnahme zu diesen Vorwürfen, die es vom Rechnungshof gibt an uns, vom Bundesrechnungshof an uns, übermittelt, dass der Rechnungshof diese Stellungnahme, die wir übermittelt haben, anders bewertet offensichtlich wie wir, soll sein. Deshalb, und gerade deshalb, geht es ja jetzt auch zum unabhängigen Parteiensenat, wenn ihr das etwas sagt. Und dieser unabhängige Parteiensenat wird dann entscheiden, ist das so oder ist das nicht so. Und bis das soweit ist, ist noch gar nichts so. Und jetzt sage ich die noch etwas zur Stellungnahme, die wir gemacht haben. Ich bringe ein Beispiel, wo der Rechnungshof der Meinung ist offensichtlich, dass das mehrheitlich der Partei zuzuordnen ist und nicht dem Klub. In Summe geht es

um 38.000 Euro. Und das, was du vorhin gesagt hast, das sehe ich ein bisschen anders, weil da geht es nicht um den Nachweis, ob mit dem Geld irgendwer was gemacht hat, sondern mit dem Geld ist auf jeden Fall was gemacht worden, der Rechnungshof sieht das nur so, dass das zu viel zur Partei gegangen ist, seiner Meinung nach, wir sehen das anders. Das, was du vorhin erwähnt hast, über einen anderen Klub, den es hier gegeben hat, da kann man über 1 Millionen Euro offensichtlich oder scheinbar nicht nachvollziehen. Das ist ein bisschen etwas anderes, Philipp. Aber da hätte ich mir von dir ein bisschen mehr Sensibilität erwartet, nachdem du ein Jurist bist. Aber sei es drum, ist natürlich eine populistische Geschichte, ist eh klar, das freut den Transparenz-Sheriff, der selbsternannten, und Grünraum-Sheriff, wie wir heute schon gehört haben in Wortmeldungen. Aber ist auch egal, das halten wir schon aus. Aber ich bringe nur ein Beispiel, wo der Rechnungshof der Meinung ist, dass das eben mehrheitlich der Partei zuzuordnen ist und nicht dem Gemeinderatsklub. Da hat es in dieser Ausgabe eine Seite gegeben mit dem Verkehrskonzept, das wir erstellt haben, und das Verkehrskonzept ist zu 100 % nachweislich vom SPÖ-Gemeinderatsklub bezahlt worden und zu 100 % nachweislich vom SPÖ-Gemeinderatsklub verwendet worden. Warum? Ich erinnere nur, wir haben einen Sonderausschuss Verkehr gehabt vor der Wahl, wenn ihr euch noch erinnern könnt, und da waren alle Parteien aufgefordert Konzepte vorzulegen, da habt ihr auch Konzepte vorgelegt im Übrigen, und wir auch, und das haben wir getan und das haben wir über den Klub gemacht und das haben wir selbstverständlich der gemeinderätlichen Arbeit zur Verfügung gestellt. Und dass man nachher als Partei in einer Wahlauseinandersetzung sich darum bemüht, dieses Konzept umzusetzen, weil man sagt, ja, natürlich wäre es gescheit ein Verkehrskonzept, ein besseres, für diese Stadt zu machen. Ja, Entschuldigung, no na, ich meine, wo leben wir denn, wo sama denn? Also das heißt, das ist sehr klar und ein deutliches Beispiel, was zum Beispiel der Rechnungshof anders sieht als wir. Wir sehen es so, der Rechnungshof sieht es so. Entscheiden wird es der unabhängige Senat und bis dorthin werden wir auf das Ergebnis warten und dann können wir uns wieder unterhalten und auseinandersetzen. Und alles andere, dass wir für Transparenz stehen und dass wir auch hier Transparenz leben, haben wir bewiesen in den vielen

Arbeitsgruppenrunden, wo alle Fraktionen hier sich konstruktiv eingebracht haben und beteiligt haben und wo wir ein gemeinsames Papier erstellt haben, das beim Land liegt, wie du es richtig erwähnt hast, wo wir aber davon ausgehen, dass wir bald eine Antwort bekommen werden. Dann werden wir einmal schauen, wie wir dort in dieser Frage weitergehen, aber ansonsten sehe ich hier keinen Anlass, diesem dringlichen Antrag zuzustimmen, weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt. Danke.

GR Mag. **Pointner:**

Zur Wortmeldung des Kollegen Ehmann ist Folgendes zu sagen: Den Rechnungshof des Bundes zu desavouieren und anzugreifen in der Art, wie es gerade passiert ist, ist demokratiepolitisch und staatsrechtlich bedenklich. Das sind qualifizierte Juristen, die eine Rechtsmeinung abgeben. Das geht selbstverständlich an den zuständigen Senat, an den UPTS, und dann wird eine Entscheidung fallen. Das heißt, wir verfolgen es weiter und wir unterhalten uns dann gerne wieder darüber. Zur Transparenzeinstellung der SPÖ, Kollege Ehmann hat die Statutenreform angesprochen, die liegt sehr lange, auch hier warten wir auf eine Antwort, da ist die SPÖ in der Regierung. Werden wir sehen, wie der Landeshauptmann-Stellvertreter und der Herr Landeshauptmann dann und die Klubs abstimmen werden, ob es überhaupt dazu kommt, ob wir es zurückbekommen. Ich bin wahnsinnig gespannt, ich fürchte nur, dass Stücke, die lange liegen, nicht frischer werden. Also wir werden uns da ganz sicher noch weiter unterhalten und dann bin ich sehr, sehr gespannt darauf, mich darüber zu unterhalten, über die Transparenzdiskrepanz zwischen der Stadt-SPÖ und der Landes-SPÖ. Das mache ich sehr, sehr gerne. Zur Wortmeldung der KPÖ, es geht hier nicht um Kürzungen, sondern um unzulässige Spenden. Das ist eine tatsächliche Richtigstellung. Ich darf nur noch einmal darauf verweisen, dass Klubgelder und Verfügungsmittel nach Richtlinien des Gemeinderates nicht für Spenden verwendet werden dürfen, sondern nur für politische Arbeit. Spenden sind nicht politische Arbeit. Und somit bin ich wenig überrascht, dass dieser Antrag nicht durchgehen wird. Er zeigt

traurigerweise wieder quer durch die sehr fragwürdige Einstellung der heimischen Politik in puncto Transparenz, ausgenommen die Transparenzpartei Neos. Vielen Dank.

KO GR Dreisiebner: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Lieber Kollege Philipp Pointner, ich möchte die Leistungen der Neos und deine persönlichen als Vorsitzender des Kontrollausschusses gar nicht schmälern.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Tatsächliche Berichtigung.

KO GR Dreisiebner:

Tatsächliche Berichtigung. Das war meine Wortmeldung, ich weiß schon wann ich mich zu Wort melden kann. Ich danke dir auch für deinen Einsatz, für dein Engagement. Ich habe, und das hast du jetzt am Schluss hier ausgelassen, diesen Antrag als den Versuch low-hanging fruits abzuernten, eigentlich klassifiziert und habe das so nicht sagen wollen. Aber jetzt stellst du quasi alle Parteien, ja, alle Parteien, die, und ich habe es ausgeführt, wir arbeiten an dieser Reform, wir sind mitten drinnen und du weißt das, du kennst die Schriftstücke, du kennst den Diskussionsverlauf und alle Parteien so quasi wegzustellen, entlang der Neos ist das eine, das steht dir nicht zu. Das zweite ist, der Michael Ehemann hat meines Erachtens den Rechnungshof nicht schlecht geredet. Er hat eine andere Darstellung gebracht, die in der Form, in der Diskussion auch so korrekt ist vorzubringen. Was nicht korrekt ist, ist alle Parteien, sei es die KPÖ, seien es die Grünen, sei es die SPÖ oder auch die ÖVP im Landtag, die FPÖ Landtag so quasi abzusetzen von der einen Transparenzpartei. Und das ist meine tatsächliche Berichtigung, die Politik schlechtzureden und nur die Neos sind modern und transparent, dagegen verwehre ich mich, ich denke, namens aller Fraktionen hier. Danke.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ich muss jetzt wirklich ersuchen, tatsächlich zu einer tatsächlichen Berichtigung, weil es werden die Argumente nicht besser oder schlechter.

GR Mag. **Pointner**:

Ich ersuche, ich hoffe, ich darf das, um eine Rechtsmeinung ...

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Tatsächliche Berichtigung.

GR Mag. **Pointner**:

War das eine tatsächliche Berichtigung?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Fast.

GR Mag. **Pointner**:

Also fast, knapp daneben ist auch vorbei. Das war es nicht.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

**10.9 Entlastung der Vollzeitarbeit im unteren Einkommens-Quartil jetzt
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen. Ein Neos-dringlicher-Antrag wird hier eingebracht. Und zwar möchte ich mich mit diesem dringlichen Antrag vor allem dafür einsetzen, dass den Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern mehr netto vom Brutto bleibt. Und es geht nicht darum, irgendwelche Zuckerln für irgendwelche Unternehmen herauszuholen. Bitte lesen Sie diesen Antrag sorgfältig. Ich darf auch dazu ein bisschen was ausführen, wenn von brutto wenig netto übrig bleibt, dazu steigende Mieten, Energiekosten, steigende Kreditzinsen und die höchste Inflationsrate seit dem Zweiten Weltkrieg. Das führte dazu, dass es mittlerweile schon 17 % der Vollzeitbeschäftigten, also ich rede von Vollzeitbeschäftigten, 17 % der Vollzeitbeschäftigten können ihre Lebenshaltungskosten nicht stemmen und rutschen in die Armut. Warum? Weil ihnen trotz Vollzeitarbeit vom Brutto zu wenig netto übrig bleibt. Und da setzte ich mich als Unternehmerin jetzt dafür ein, dass Mitarbeiter mehr Geld bleibt am Ende eines Monats. Wie kommt es überhaupt dazu, dass man so viel Geld verliert, nachdem der Staat da seine Abzüge getätigt hat? Und was ist denn überhaupt durchschnittlich zu verdienen in Österreich? Da gibt der Stepstone Gehaltsreport 2023 eben Auskunft. Demnach verdienen drei Viertel der Vollzeitbeschäftigten im oberen Einkommensquartil durchschnittlich 66.333 Euro brutto pro Monat. Denen geht es eh ganz gut. Die können die Kosten ganz gut tragen. Es gibt aber weitere, ein Viertel der Vollzeitbeschäftigten, das sind jene im unteren Einkommensquartil, die kommen durchschnittlich auf 39.667 Euro im Jahr. Wenn wir das runterbrechen auf einen Monat, dann kommt das auf ein Monatsbruttoeinkommen von 2.833 Euro. Bitte lassen Sie sich nicht verwirren von diesen vielen Zahlen. Ich habe dieses 2.833 Bruttogehalt auch von meinem Steuerberater ausrechnen lassen. Sie haben das, wenn Sie es dann genau wissen wollen auf diesen Zetteln, die ich in Kopien dahinten auf diesen Presstisch legen werde. Aber die Zahlen, die da drinnen stehen, habe ich natürlich hier in diesen

dringlichen Antrag hineingearbeitet. Von brutto 2.833 werden in etwa ein Drittel ganze 816 Euro in Abzug gebracht, das heißt von 2.833 bleiben knapp 2.000 Euro netto übrig. Sagen Sie mir, wie man davon leben kann als Alleinverdiener mit Frau und Kind. Wenn wir für die Mieten schon ca. 40 % unserer Gehälter ausgeben müssen, das kann sich nicht ausgehen bitte. Und da appelliere ich tatsächlich, dass wir uns an den Grund wenden und dass wir hier schauen, dass wir auf einen OECD-Schnitt kommen, dass die Menschen von ihrer Arbeit auch tatsächlich leben können. Es ist aber nicht genug mit 816 Euro, auch der Dienstgeber muss seinen Beitrag leisten. Das macht 839 Euro im Monat an Lohnnebenkosten, immer vom Bruttogehalt wird das berechnet. Das macht insgesamt bitte eine unglaubliche steuerliche Belastung von 1.655 Euro. Das wird bezahlt von Dienstnehmerseite und von Dienstgeberseite. Aber andererseits könnte ich jetzt das so ausdrücken und sagen, damit jemandem in Österreich 2.000 Euro netto für Vollzeit übrig bleiben, müssen insgesamt 3.672 Euro an Kosten fließen, und das ist zu hoch. Und daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgen

dringlichen Antrag,

mir geht schon die Luft aus, weil ich mich so aufrege darüber, weil ich so gerne hätte, dass die Leute mehr verdienen:

Der Grazer Gemeinderat tritt auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, insbesondere an den Minister für Arbeit und Wirtschaft heran, dieser möge schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorlegen, die eine schrittweise Senkung der hohen Lohnnebenkosten und Steuern auf das OECD-Durchschnittsniveau vorsieht. Leute, ich bitte um Annahme. So können wir Fachkräftemängel lösen und die Menschen zur Arbeit motivieren. Ich glaube, das ist der einzige Weg. Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Es braucht jetzt dringend eine Entlastung des Faktors Arbeit. Österreich, als ein Hochsteuerland und einer Abgabenquote von 43,2 % (3. Platz im Europavergleich) konfrontiert seine Bürgerinnen und Bürger mit zahlreichen finanziellen Belastungen (<https://www.agenda-austria.at/grafiken/trotz-steuerreform-hochsteuerland>). Dazu zählen steigende Steuern, Mieten, Energiekosten, Kreditzinsen und die höchste Inflationsrate seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Faktoren führen dazu, dass 17% der Vollzeitbeschäftigten trotz ihres Einkommens in Armut abrutschen.

([https://www.derstandard.at/story/3000000191509/arm-trotz-vollzeitjob-was-es-
heisst-ohne-geld-aufzuwachsen](https://www.derstandard.at/story/3000000191509/arm-trotz-vollzeitjob-was-es-heisst-ohne-geld-aufzuwachsen)).

Längst überfällig ist eine deutlich spürbare Entlastung niedrigerer Einkommen, da ein angemessenes Nettogehalt der Schlüssel ist, um Menschen zur Arbeit zu motivieren und sie in Beschäftigung zu halten ([https://crosswater-job-
guide.com/archives/76258/ein-gutes-gehalt-ist-das-wichtigste-auswahlkriterium-bei-
der-wahl-einer-neuen-stelle](https://crosswater-job-guide.com/archives/76258/ein-gutes-gehalt-ist-das-wichtigste-auswahlkriterium-bei-der-wahl-einer-neuen-stelle)).

Der „Stepstone Gehaltsreport 2023“ verdeutlicht, dass in Österreich das Einkommen sehr unterschiedlich ist. Während drei Viertel der Vollzeitbeschäftigten im oberen Quartil durchschnittlich 66.333 Euro brutto jährlich verdienen, liegt das Einkommen für ein Viertel im unteren Quartil bei 39.667 Euro. ([https://www.stepstone.at/e-
recruiting/blog/durchschnittsgehalt-oesterreich-stepstone-gehaltsreport/](https://www.stepstone.at/e-recruiting/blog/durchschnittsgehalt-oesterreich-stepstone-gehaltsreport/)). Nach Abzug von Steuern und Lohnnebenkosten bleibt für Personen im unteren Quartil ein Nettogehalt von knapp 2.000 Euro übrig, was die hohe Steuerbelastung in Österreich unterstreicht.

So kommt man im unteren Quartil auf 2.833 Euro brutto, wovon nach Abzug der Steuern (816 Euro) knapp 2.000 Euro netto übrigbleiben. Dass die Lohnnebenkosten und Steuerern insgesamt 1.655 Euro ausmachen und dass 3.672 Euro bezahlt werden müssen damit jemand knapp 2.000 Euro netto verdient, zeigt, dass Österreich tatsächlich ein massives Problem hat.

Was zudem für Lohnnebenkostensenkungen spricht, ist das extreme Abgaben-Ungleichgewicht zwischen Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen, aber auch zwischen Vollzeit-Arbeitnehmer:innen und Teilzeit-Arbeitnehmer:innen oder zwischen Arbeitnehmer:innen und Selbstständigen/Bauern. Arbeitnehmer:innen tragen die Hauptlast des Sozialstaates, erst mit der Pensionierung fällt ein Großteil der Abgaben weg (PV, ALV, Wohnbauförderung, FLAF, Kommunalsteuer,...). Arbeitnehmer:innen stemmen aber auch beispielsweise die Beiträge für die Wohnbauförderung alleine. Es wäre als daher als Zeichen der Entlastung und der Attraktivierung der Lohnarbeit längst überfällig diese Beiträge zu senken.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat tritt auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, insbesondere an den Minister für Arbeit und Wirtschaft heran, dieser möge schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorlegen, die eine schrittweise Senkung der hohen Lohnnebenkosten und Steuern auf das OECD-Durchschnittsniveau vorsieht.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.56 Uhr).

GR Gostentschnigg:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Galerie und im Livestream, liebe Sabine. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für dieses in Antragsform gegossene Wechselbad der Gefühle. Ich habe nämlich angefangen zu lesen und habe den Betreff vernommen, wo dann steht: Entlastung der in Vollzeit arbeitenden Leuten im unteren Einkommensbereich. Da habe ich mir gedacht, jawohl,

super, das ist ja tatsächlich so, dass die Leute zu wenig verdienen. Du belegst das ja auch mit Zahlen. Und de facto ist es ja wirklich ein Skandal, dass Leute in unserem Land von Vollzeitarbeit nicht gescheit über die Runden kommen. Gerade in den aktuellen Monaten erleben wir ja tatsächlich sehr hohe Inflation, die Mieten explodieren, die Kosten des alltäglichen Lebens steigen. In unseren Sozialberatungen, und die Elke ist gerade nicht da, aber sie könnte da viele, viele, viele Beispiele nennen, wie Leute tatsächlich mit ihrer Arbeit nicht mehr über die Runden kommen. Da habe ich mir gedacht, jawohl, da gehört ja tatsächlich etwas getan. Aber je weiter nach unten ich da kommen bin in diesem dem Antrag, desto mehr hat sich meine Freude dann verflüchtigt. Warum? Eine grundsätzliche Bemerkung, Lohnnebenkosten, Definition sind Abgaben, die von Unternehmen zusätzlich zum Brutto-Nettolohn abgeführt werden. Was ist das zum Beispiel? Das sind die Unternehmensbeiträge zur Krankenversicherung, zur Unfallversicherung, Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung und so weiter. Das heißt im Umkehrschluss, würde man die Lohnnebenkosten senken, würde weder der Brutto- noch der Nettolohn auch nur um einen Cent steigen. Was sinken würde ist der Beitrag der Unternehmen zum Sozialstaat, von denen wir alle profitieren. Wer würde das dann ausgleichen? Stelle ich einmal als Frage in den Raum. Der zweite, Dankeschön für den Szeneapplaus, der zweite Punkt, den ich machen möchte, wer tatsächlich schlecht verdient, verdient so wenig, dass man nicht einmal Lohnsteuer zahlt. Von dem her würden diese Leute da völlig durch den Rost fallen. Ist korrekt, dann sage ich völlig auf der Strecke bleiben und davon nicht profitieren. Danke für den Einwurf. Ich möchte stattdessen die kurze Zeit, die ich noch habe, nutzen für Vorschläge von unserer Seite, wie man tatsächlich die Löhne und Gehälter anheben könnte. Uns schwebt da zum Beispiel eine Wertschöpfungsabgabe vor, dass die gesamte Wertschöpfung herangezogen wird und nicht nur quasi der Faktor Arbeit besteuert wird. Uns schwebt ein gesetzlicher Mindestlohn vor, in einer Höhe von der man tatsächlich auch gut leben kann. Uns schwebt vor, Kapitalvermögen höher zu besteuern und damit die Entlastung des Faktors Arbeit gegen zu finanzieren. Uns schwebt auch vor, dass man den großen Unternehmen einmal genauer auf die Finger schaut. Fakt ist nämlich, dem Staat

Österreich entgehen pro Jahr 1,3 Milliarden Einnahmen an Steuern, weil die am Fiskus vorbei in einem rechtlichen Graubereich, bis in einem sehr Dunkelgraubereich geschoben werden. Und eines möchte ich auch noch sagen an dieser Stelle, es blinkt schon rot ist, ich sage es trotzdem, sehr gute Farbe in diesem Fall, was tatsächlich die Löhne anhebt, das ist Arbeitskampf. Deswegen erklären wir uns natürlich solidarisch mit den streikenden Metallern und mit Metallern, wir erklären uns solidarisch mit den Verhandlerinnen und Verhandlern im Handel, die aktuell die dritte Verhandlungsrunde abgebrochen haben, weil was tatsächlich die Löhne anhebt, ist, wenn sich arbeitende Leute organisieren und gemeinsam für höhere Löhne kämpfen. Dankeschön.

GR Dr. Hackenberger:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer. Es ist schon sehr viel gesagt worden zum Thema. Wir müssen dich leider auch enttäuschen, Sabine, und zwar aus dem schlichten Grund, dass das, was hier verlangt wird, mit dem Motiventext überhaupt nicht übereinstimmt und aus unserer Sicht schlicht und einfach der Antrag nicht entsprechend vorbereitet ist. Denn im Motiventext ist immerhin noch vom unteren Einkommensviertel die Rede. Im Antrag ist überhaupt keine Einschränkung mehr zu sehen auf ein minderes Einkommen. Das heißt, würde man dem Antrag folgen, würde das bedeuten, dass Lohnnebenkosten für alle Einkommensschichten gleichermaßen hinuntergefahren werden. Das wäre eine steuerliche Revolution, wo niemand eine Ahnung hat, wo man eine einigermaßen glaubhafte Gegenfinanzierung herbeizaubern könnte. Ich will nicht unterstellen, dass du die Lohnnebenkosten in diesem Sinn gemeint hast, wie sie vorhin verstanden wurden, nämlich als arbeitgeberseitige Abgaben. Man kann das durchaus auch die Arbeitnehmerseite betrachten. Wenn man die Stichworte eingibt bei der OECD, kommt man auf die Lohnnebenkosten auf Arbeitnehmerseite. Aber ohne irgendwelche Vorschläge dafür, wie man diese Riesensummen, die hier entstehen würden, an Mindereinnahmen für Sozialversicherung, die wir dringend brauchen, gegen zu

finanzieren, ist der Antrag schlicht und einfach zu wenig ausgereift. Man müsste jedenfalls, auch wenn man nur das untere Einkommensviertel von einer derartigen Regelung einschließen würde, müsste man jedenfalls eine Gegenfinanzierung auf der Seite von Vermögen, Erbschaftssteuern, ökologisierten Steuern etc. auch überlegen. Und wir wissen alle, wie lange um derartige Positionen schon in der großen Politik gekämpft wird, sodass es mir völlig illusorisch erscheint, dass wir hier als Gemeinde Graz, als Stadtgemeinde Graz irgendetwas in die Richtung bewirken könnten. Daher stehen wir auf dem Standpunkt, dass dieser Antrag in der Form auch nicht dringlich sein kann.

GR Mag **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Jetzt ist der Antrag dann doch sehr ideologisch diskutiert worden. Und ich gebe beispielsweise dem Herrn Kollegen Hackenberger insofern Recht, dass der Antrag mit Sicherheit nicht ganz ausgereift, oder so, in diese Richtung haben Sie es formuliert, ist. Wir wissen aber auch, dass das eine Petition an den Bund ist, der genug Gremien, der genug Ausschüsse, der genug Möglichkeiten hat, im Prinzip Dinge bis ins Detail auszureifen und auszuarbeiten. Und die Kernaussage von diesem Antrag von der Kollegin Reininghaus ist ja eigentlich etwas völlig anderes, nämlich es gibt nicht wenige Menschen, nicht wenige Unternehmer, aber auch natürlich nicht wenige Arbeitnehmer, die aufgrund der jetzigen Situation mit dieser Steuerlast in Kombination mit dieser Inflation so nicht überleben können beziehungsweise ziemlich schwer überleben können. Und in meinen Augen ist genau das die Kernbotschaft, die wir da nicht aus den Augen verlieren dürfen. Natürlich gibt es die Vorschläge in die eine Richtung, dass man Vermögenssteuern und alles Mögliche herbeizaubert, um das Problem zu lösen, und dadurch in diesem Bereich weniger Steuern einhebt, die anderen sagen genau umgekehrt. Natürlich wenn der Bürger mehr Geld tatsächlich in der Tasche hat und mehr Geld in der Tasche bleibt, ist ihm genauso geholfen. Und wir haben alle das Thema Inflation, die letzten Monate in den unterschiedlichen Anträgen immer wieder auf- und abgebetet und unterschiedliche

Lösungen vorgeschlagen, wie die Inflation für den Durchschnittsbürger leichter zu bewältigen ist. Und in meinen Augen ist der Vorschlag ein sehr wohl probates Mittel, um auch ein Zeichen gegen die Inflation zu setzen und wie die detailreiche Ausarbeitung wirklich passieren kann oder soll. Das wird ohne dies oder könnte ohne dies der Bund übernehmen. Daher spricht in meinen Augen wenig gegen diesen Antrag und ich würde mich freuen, wenn er doch einiges in Zustimmung erlangt.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Unbedingt muss ich jetzt ein Schlusswort sprechen. Lieber Kollege von der KPÖ, ja, solidarisch mit Metallerstreiks, mehr Gehalt, ja, bin dabei. Bitte, das ist ja nichts neues. Das passiert jedes Jahr, werden die Gehälter erhöht, Gott sei Dank natürlich. Und Herr Hackenberger, mit dem Begriff Lohnnebenkosten, das ist schwierig aufzudröseln für Leute, die nichts damit zu tun haben. Und ich habe versucht, einfach in einfacher Sprache hier mein Anliegen vorzutragen, denn auf der Dienstnehmerseite werden Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer laufend abgezogen und das sind von 2.388 eben 800 irgendwas, ich kann mich jetzt nicht mehr erinnern, also ein Drittel, und der Dienstgeber hat Lohnnebenkosten in Form von Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag, Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag, Sozialversicherungsbeiträge. Ja, Herr Hackenberg, ich fordere für das untere Einkommensquartil eine steuerliche Revolution. Und ich hoffe, ihr seid es dabei, oder habt ihr überhaupt kein Herz für Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen? Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

**10.10 Schaffung einer Expositur der Dokumentationsstelle Politischer Islam in Graz
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Wagner:

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem dringlichen Antrag geht es um die Schaffung einer Expositur der Dokumentationsstelle Politischer Islam in Graz. Ich glaube, die letzten Wochen, da haben wir das alle bemerkt, wie weit die Radikalisierung in der islamistischen Szene fortgeschritten ist in Graz. Wir haben erlebt wie ein 14-Jähriger in Sozialen Medien angedroht hat, unsere schöne Heimatstadt zerstören zu wollen. Wir erleben Pro Palästina Demos, wo Sprechchöre zum Besten gegeben werden, die ich gar nicht erst wiederholen möchte. Und nicht zuletzt hat auch dieser Angriff auf die Israelfahne am Hauptplatz wirklich für Staunen und Aufsehen gesorgt. Ungustiös in diesem Zusammenhang, möchte ich aber schon auch anbringen, dass diese KJÖ-Aufkleber, die jetzt frisch in Graz angebracht werden, auch ein sehr ungutes Bild zeigen und ich mir schon erwarte, dass hier seitens der KPÖ Stellung dazu genommen wird, weil ihr wisst sowieso, dass in der Zeitung steht, dass man nicht weiß, wer diese jetzt Momentan anbringt, aber trotzdem da zum Besten gibt, dass die noch immer in den Grazer Lokalitäten aufliegen, und das ist auch ein sehr verheerendes Bild. Aber zurück zum Antrag, diese Vorfälle zeigen, dass es einfach dringend notwendig ist, diese zunehmende Radikalisierung genau unter die Lupe zu nehmen. Eine Möglichkeit wäre diese Zweigstelle der Dokumentationsstelle in Graz, um einfach die Informationslage für die Behörden zu verbessern. Und deshalb folgender dringliche Antrag: Der Gemeinderat möge auf dem Petitionsweg mit dem Ersuchen an die österreichische Bundesregierung herantreten, eine Expositur der Dokumentationsstelle Politischer Islam zur besseren Überwachung der islamistischen Szene in der Steiermark und speziell in Graz zu schaffen. Ich bitte um breite Zustimmung. Danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die letzten Wochen haben einmal mehr gezeigt, wie weit die Radikalisierung in großen Teilen der muslimischen Jugend in Graz bereits fortgeschritten ist. Wir haben erlebt, wie ein 14-jähriger Junge mit syrischer Abstammung in den sozialen Medien drohte unsere Heimatstadt zu zerstören. Auf der Straße häufen sich die Pro-Palästina-Demos mit teils sehr jungen Teilnehmern und äußerst fragwürdigen Sprechchören. So wurde beispielsweise bereits mehrmals die in Deutschland seit kurzem verbotene Parole „From the river to the sea, Palestine must be free“ skandiert. Nicht zuletzt sorgte auch der antisemitische Angriff auf die Israel-Fahne am Hauptplatz für Aufsehen. Auch hier soll es sich beim Hauptverdächtigen um einen jugendlichen Syrer handeln. Diese Vorfälle zeigen, dass es dringend notwendig ist, die zunehmende Radikalisierung der islamistischen Szene in Graz, vor allem unter den Jugendlichen, genauer unter die Lupe zu nehmen. Ein entscheidender Faktor hierfür könnte die von der aktuellen Bundesregierung eingeführte Dokumentationsstelle Politischer Islam sein. Wir fordern die Schaffung einer Expositur dieser Dokumentationsstelle in Graz, um den Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, diese gefährlichen Entwicklungen in unserer Heimatstadt vor Ort zu untersuchen. Damit könnte die Überwachung der Grazer Islamistszene signifikant vereinfacht und die Informationslage für die Sicherheitsbehörden verbessert werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat möge auf dem Petitionsweg mit dem Ersuchen an die österreichische Bundesregierung herantreten, eine Expositur der Dokumentationsstelle Politischer Islam zur besseren Überwachung der islamistischen Szene in der Steiermark und speziell in Graz zu schaffen.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich melde mich zur Dringlichkeit, habe gehofft, dass sich vielleicht aus anderen Fraktionen auch jemand melden möchte, aber vielleicht kommt das noch, weil tatsächlich das Thema ein wichtiges ist und zwar zwei Gründen. Wir haben immer wieder Debatten im Gemeinderat, wo Themen sehr stark auch vermischt werden, nämlich Religionsthemen, Rassismusfragen, Migrationsfragen und so weiter. Und in der Debatte lege ich großen Wert darauf, dass man das mit Fachkenntnis und einer gewissen Besonnenheit macht und nicht emotional macht. Ich würde vielleicht bitten, dass wir uns da alle auf das verständigen können, dass es einfach ein dringendes Thema ist. Ich möchte sagen, warum ich glaube, dass wir uns tatsächlich damit beschäftigen müssen. Und deswegen möchte ich zu einer Diskussion dann noch einmal herzlich aufrufen. Das erste ist, wir haben in Graz tatsächlich eine Faktenlage, über die wir reden müssen und zwar ohne es zu beschönigen, ohne es auszuspähen, um nämlich auch vor allem Menschen zu schützen, die das nicht betrifft. Das möchte ich ganz klar betonen. Es betrifft ganz viele, in dem Fall muslimische Mitbürger und Mitbürgerinnen, auf die das Thema Politischer Islam nicht zutrifft, aber diejenigen, die es betrifft, über die müssen wir reden. Wir wissen, dass Graz in der Muslimbrüderschaft eine sehr beliebte Heimat darstellt. Wir haben Themen gehabt, das geht von London bis hier her, das sind keine Geheimnisse, das kann man in jeder Zeitung nachlesen. Das ist eine sehr starke Verbindung, über die man tatsächlich reden muss. Ähnlich, es gilt auch bei salafistische Strömungen. Wir haben, oder jetzt im Moment, weiß ich nicht, aber wir hatten immer wieder auch Prediger wie zum Beispiel Pierre Vogel zu Gast, eine höchst fragwürdige Figur aus Deutschland, die hier ihren höchst fragwürdigen Inhalten entsprechend Ausdruck verliehen hat. Und zwar vor einer nicht besonders geringen Zuhörerschaft. Es gab Dschihadistenprozesse und so weiter, das ist hoffentlich allen bekannt, und diese Gemengelage verlangt es, glaube ich, auch, dass man ernsthaft über dieses Problem spricht. Die Verbindung zu ATIB, Millî Görüş, zu den Grauen Wölfen und so weiter. Das sind lauter Themen, über die wir zumindest sprechen sollten. Und ich glaube, wir sollten uns da auch auf die Meinung von Experten und Expertinnen, in dem Fall sind es vor allem Männer, muss ich sagen,

verlassen, die hier auch Feldforschung und Faktenchecks betrieben haben. Die Namen dürften allen bekannt sein, Ednan Aslan, der bereits heute genannte Kenan Güngör, aber auch da Herr Khorchide, auch ein Soziologe und Religionspädagoge, die alle auch unter relativ gefährlichen Bedingungen, sich entsprechend eingesetzt haben für eine faktenbasierte Ausgangslage, um auch Sicherheitsfragen entsprechend diskutieren zu können. In diesem Sinn finde ich, dass diese Debatte nicht unnötig ist und auch nicht politisch irgendwie in ein Lager abgestellt sein sollte, sondern wir sollten uns wirklich im Sinne aller und auch der Sicherheitsfragen, wir leben es heute auch, dass Sicherheit ein wichtiges Thema ist, damit beschäftigen. Danke.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Liebe Kolleg:innen, liebe Günter Wagner. Du hast nicht unrecht, das Thema ist tatsächlich dringlich. Denn vor allen Dingen ist diese Verhetzung, die derzeit, die Ingrid Brodnig hat das letzten sehr gut dargestellt in der ZIB, die vor allen Dingen über Soziale Medien wie TikTok stattfindet, die ist unglaublich. Also wer das nicht gehört hat, über TikTok, und TikTok schauen hauptsächlich Jugendliche, wer da einmal einen Beitrag zu Ende schaut, bekommt dann nur noch Input dazu, also wirklich verhetzenden Input zu diesen Themen. Wobei ich dazu sagen möchte und auch betonen möchte, dieser Input, der hat mit Religion nichts zu tun. Der hat mit Herkunft aus anderen Ländern, also mit dieser sogenannten importierten Gewalt nichts zu tun, sondern was da passiert, das sind, ich sage es ganz deutlich, das Problem, was wir heute schon einmal angesprochen hatten bei der Gewalt gegen Frauen, das sind unzufriedene, toxische Männer, die da reden und die versuchen mit Hilfe einer teils fiktiv herbeifantasieren Religion, weil wer sich mit dem Islam auskennt, weiß, dass das nichts mit dem Islam zu tun hat, die Gesellschaft aufzuhetzen. Deswegen, dagegen muss wirklich vorgegangen werden und dafür brauchen wir Spezialist:innen, und zwei Spezialist:innen, die geschult sind in diesem Bereich, die da eingreifen können und das sind hauptsächlich jüngere Leute, denn für die Überwachung haben wir ja bereits den Verfassungsschutz. Dass der Verfassungsschutz aber zum Teil nicht zeitgemäß arbeitet, das haben die Anschläge in

Wien zum Beispiel traurigerweise gezeigt, die, wenn da gut gearbeitet worden wäre, vielleicht verhindert werden hätten können. Dennoch, also das Thema ist tatsächlich dringlich, deswegen haben wir die Dringlichkeit zugestimmt, den Antrag halten wir dennoch für eine Themenverfehlung. Denn dafür eine Dokumentationsstelle oder eine Expositur der Dokumentationsstelle zu fordern in Graz, das entspricht auch nicht der Selbstdefinition dieser Dokumentationsstelle, die sich für die wissenschaftliche Erforschung islamischer Organisationsstrukturen und der Ideengeschichte des Islams zuständig ist. Das ist ein Zitat. Das heißt, sie ist dafür zuständig Studien zu produzieren, die, egal ob sie in Wien oder sonst wo produziert werden, sie sind online abrufbar, man kann sie auch in Graz lesen. Diese Studien, darüber hinaus von dieser Dokumentationsstelle sind allerdings auch so vorverurteilend und politisch zweifelhaft, dass liberale islamische Gemeinden sich davon abgewendet haben und gesagt haben, das möchten sie eigentlich nicht über sich lesen. Was es wirklich braucht und was wirklich dagegen helfen kann, dass so solche Verhetzungen und dieses Abgleiten ins Toxische stattfinden kann, das ist eine Politik, die allen Menschen das Gefühl gibt, dazu zu gehören und eine Perspektive in dieser Gesellschaft zu haben. Und in Graz gibt es Initiativen, die sich für Integration einsetzen, die gehören gefördert und unterstützt und zwar nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch ideell. Und ich finde, dafür muss der Gemeinderat auch stehen. Danke.

GRⁱⁿ Pogner: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Ich möchte die Kollegin Braunersreuther nur fragen, woher sie diese Behauptung hat, dass der Verfassungsschutz nicht zeitgerecht arbeitet. Meiner Meinung nach, oder meines Wissens nach, arbeiten sie zeitgerecht. Und die Kollegen stehen eigentlich vor der Tür. Da könnten Sie selbst ein Gespräch mit ihnen suchen und sich davon überzeugen, dass sie sehr wohl zeitgerecht arbeiten.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Braunersreuther. Die Behauptung oder die Unterstellung, dass unsere Sicherheitsbehörden, dass unser Verfassungsschutz einen Fehler begangen hat beziehungsweise nicht gut gearbeitet hat und deswegen der Terroranschlag in Wien, so wie er passiert ist, passiert ist. Diese Unterstellung ist wirklich in keinster Weise haltbar. Fakt ist, dass wir in Österreich sehr, sehr gute Sicherheitsbehörden haben. Fakt ist, dass wir einen sehr, sehr guten Verfassungsschutz insgesamt haben. Und von einem Verfassungsschutz, von einer Sicherheitsbehörde zu verlangen, dass niemals ein Terroranschlag, niemals ein Verbrechen in diesem Ausmaß passiert, ist die gleiche Forderung, wie wenn man einen Arzt diesbezüglich beschuldigt, dass er die Unsterblichkeit nicht erreicht hat. Es ist nicht haltbar. Wir sollten in jeder Hinsicht dankbar sein, dass wir diese Behörden haben, dass sie tagtäglich für unsere Sicherheit sorgen. Und wenn man Österreich insgesamt betrachtet, ist es, was das Thema Terrorismus angeht, ein sehr, sehr sicherer Staat und wir sollten dankbar dafür sein.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

GR **Brandstätter:**

Werter Stadtsenat, Hoher Gemeinderat. Es ist ein gutes Zeichen, dass der Gemeinderat bei diesem Thema die Dringlichkeit erkennt. Ich habe schon befürchtet, dass das nicht geschehen wird, aber es ist doch bezeichnend, auf welche Art und Weise diese Debatte geführt. Meine Frau Kollegin hat sehr gut ausgeführt, warum wir auch aus einer vollkommen sachlichen und unideologischen oder unemotionalen Sicht darauf vertrauen können, dass das ein Thema ist, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen und das vor allem auch etwas damit zu tun hat, dass Menschen mit Migrationshintergrund Ansichten nach Österreich bringen, die wir nicht akzeptieren können. In einer toleranten Gesellschaft ist es wichtig, dass man keine Toleranz gegenüber der Intoleranz hat. Und wenn Sie, Frau Braunersreuther, behaupten, dass

dies alles nicht mit importierter Gewalt zu tun hätte oder dass es sich dabei ausschließlich um unzufriedene, toxische Männer handeln würde und dass der Verfassungsschutz seinen Aufgaben nicht nachkommen würde, dann halte ich das für ideologische Verblendung, die bestens zu dem passt, was Ihre Kommunistische Jugend seit Monaten propagiert und macht. Es ist wirklich bezeichnend, dass Sie nicht klar gegen diese Haltungen auftreten können, aber es ist auch irgendwie logisch, wenn Sie sogar in Ihrer eigenen Partei vorkommen. Was wir wirklich brauchen, ist ein Verfassungsschutz, der die Mittel hat, um gegen alle Tendenzen von Radikalisierung, egal ob im linksextremen Spektrum, in dem Politischen Islam oder im rechtsextreme Spektrum aufzutreten und etwas dagegen zu tun, um unsere demokratischen Werte zu schützen. Und vielleicht ist die Dokumentationsstelle Politischer Islam nicht das, was in unserer Gesellschaft dazu führen wird, dass wir diese Vorfälle nicht mehr haben, aber es ist ein wichtiger Bestandteil dessen, dass wir darüber aufklären, wo Antisemitismus passiert, wo Menschenrechte nicht gewürdigt werden und wo wir als Gesellschaft dagegen auftreten müssen. Und deswegen werden wir den Antrag grundsätzlich unterstützen, weil alles, was dazu beiträgt, dass wir auch nach wie vor in einer offenen, demokratischen und humanistischen Gesellschaft leben können, auch etwas ist, was wir als Grazer Volkspartei unterstützen möchten. Vielen Dank.

GR Ammerer:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Zuallererst sei natürlich gesagt, dass es natürlich totalitäre, geradezu klerikal-faschistische Auswüchse im Islamismus gibt und die als Demokratie natürlich bekämpft werden müssen, so wie alle Totalitarismen, ganz klar. Wir haben auch in den letzten Wochen verstärkt bemerkt, dass sich das immer mehr äußert und dagegen muss vorgegangen werden, auch ganz klar. Trotzdem möchte ich ein paar Dinge richtigstellen und auch begründen, warum wir diesem Antrag der FPÖ nicht zustimmen werden im Inhalt. Einerseits ist es so, Sie können sich so viel verwehren, wie Sie möchten, es sind nun einmal Fehler durch den Verfassungsschutz im Vorhinein des Anschlages passiert. Ich möchte nur daran

erinnern, dass es einen Tipp vom Slowakischen Geheimdienst gab, dass der Attentäter sich gerade ein Gewehr gekauft hat. Nichts ist passiert. Dann gab es noch einen Tipp, jetzt hat er sich Munition gekauft. Nichts ist passiert. Das waren glasklare Fehler, die zu einem furchtbar tragischen Ergebnis gekommen sind. Wenn man das besser machen will, muss man auch die Fehler erkennen. Nichtsdestotrotz ist es Aufgabe von unserem Verfassungsschutz und jetzt das DNS, dass er schützt und das beobachtet. Wie die Kollegin Braunersreuther schon richtig gesagt hat, ist aber die Dokumentationsstelle etwas anderes. Das ist nicht Teil des Sicherheitsapparates, sondern eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Ideologie. Ich glaube, die Dokumentationsstelle ist ohnehin österreichweit befasst, wozu sie in Graz noch einmal gegründet werden sollte, außer um der FPÖ Futter für weitere rassistische Kampagnen gegen alle Muslime in unserem Land zu liefern, erschließt sich mir nicht. Und seien wir uns ehrlich, darum geht es doch in diesem Antrag. Es geht darum, zu stigmatisieren und zwar alle Menschen, die dem islamischen Glauben angehören. Weil der Antrag der FPÖ hat nicht so gut differenziert wie die Kollegin Unger zum Beispiel, weil diese Differenzierung ist dringend notwendig, dass es Extremisten gibt und wir uns gemeinsam als Demokratie gegen diese stellen. Das ist, glaube ich, der gemeinsame Konsens, auf dem wir uns in dem wir uns alle hier bewegen, aber zumindest, mindestens eine Partei in diesem Raum geht da noch viel weiter und ist im Grunde rassistisch gegen alle Leute des muslimischen Glaubens eingestellt. Genau in diesen Angriffsvektor schlägt dieser Antrag, schon alleine deswegen werden wir nicht mitgehen. Und zuletzt sei gesagt, ich glaube, wenn die Dokumentationsstelle Politischer Islam der Meinung wäre, dass es eine Dependance in Graz bräuchte, dann ist sie in der Lage, das selbst auszudrücken.

GR Wagner:

Ich möchte mich einmal in erster Linie bedanken für die sachlichen Wortmeldungen zu diesem Antrag. Das kann man natürlich auch so machen, man kann aber natürlich auch grundsätzlich den Antrag insgesamt schlechtreden, der Dringlichkeit zwar zustimmen

und somit das Problem erkennen, aber im Grunde nichts dagegen tun zu wollen. Das nehme ich jetzt aus diese Diskussion und aus dieser Debatte mit. Die Initiativen, die es in Graz schon gibt, und die gibt es, dafür danke, aber, dass diese nicht ausreichen, das steht ja nach den letzten Wochen auch fest. Und zu sagen, der Verfassungsschutz wäre nicht zeitgemäße, das ist schon ein sehr hartes Stück, weil man muss ganz ehrlich sagen, wenn ich hier jetzt den Antrag hernehme oder auch die Grundlage, die da drinnen niedergeschrieben ist, der 14-jährige Junge mit syrischer Abstammung, der definitiv unserer Heimatstadt zerstören wollte und auch der Hauptverdächtige beim Fahnenanschlag ist ein Jugendlicher, der aus Syrien stammt. Dort die Augen zu verschließen, das ist nicht zeitgemäß. Dazu einmal dieses, das muss man einmal festgestellt haben. Aber was ich doch mit großer Verwundung aufnehmen, dass eben seitens der KPÖ zur Aufkleberaktion überhaupt kein Wort fällt, weil das ist auch nicht zeitgemäß, dass man sich da einfach niederduckt und so tut, als würde es da kein Problem geben. Aber wie gesagt, ich habe die Hoffnung, dass es einen grundsätzlichen Anstoß gibt, dass die Initiativen da weiterverfolgt werden, dass wir da grundsätzlich etwas dagegen unternehmen. Die Tendenz gibt es und dagegen muss man vehement vorgehen. Danke.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

StR Eber:

Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung angekommen. Ich darf mich von den Zuseher:innen verabschieden, darf den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken und wünsche uns und euch allen einen schönen und angenehmen Abend. Danke.